

Christoph Trautvetter

ÜBERGEWINNE RICHTIG BESTEUERN

Ein Update zur Debatte über Krisengewinne
und gewinngetriebene Inflation



CHRISTOPH TRAUTVETTER ist Koordinator des Netzwerks Steuergerechtigkeit und Referent für die Themenbereiche Unternehmensteuern, Internationale Steuergerechtigkeit und Schattenfinanz. Zuvor hat er unter anderem für Teach First, die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG und im Europaparlament gearbeitet. Er hat einen Master in Public Policy von der Berliner Hertie School und einen Bachelor in Philosophy & Economics der Universität Bayreuth.

IMPRESSUM

ONLINE-Studie 1/2024

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Henning Heine

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2749-3156 · Redaktionsschluss: Januar 2024

Lektorat: Text-Arbeit, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

INHALT

Vorwort	4
Zusammenfassung	5
Einführung: Die Debatte um Rekordgewinne in der Krise: von Gierflation bis Scheingewinn	6
1 Mineralölkonzerne: Rekordgewinne seit Kriegsbeginn	8
1.1 Wie hoch waren die Übergewinne tatsächlich?	9
1.2 Welcher Anteil der Zusatzeinnahmen wurde durch Besteuerung abgeschöpft?	11
1.3 Welchen Einfluss hatten Gewinne und Steuern auf Investitionen?	13
2 Weitere Branchen und Unternehmen	14
2.1 Krisengewinner im Jahr 2022 aus globaler Perspektive	14
2.1.1 Deutsche Banken als Krisengewinner der Zinswende	14
2.1.2 Bisher keine bedeutenden Krisengewinne in der deutschen Rüstungsindustrie	14
2.2 Deutschlands große (Krisen-)Gewinner im Jahr 2022	15
2.2.1 Weiterhin Rekordgewinne: die deutsche Autoindustrie	16
2.2.2 Gewinner Nummer 1: Hapag-Lloyd und die Logistikunternehmen	16
2.3 Konzentrationsprozesse und Preisaufschläge in weiteren Branchen	17
2.3.1 Nahrungsmittelindustrie und Lebensmittelhandel: Inflationstreiber Nummer 1	19
2.3.2 Hoch konzentrierte und regulierte Dienstleistungsbereiche	19
3 Rekordgewinne dauerhaft höher besteuern	21
Exkurs: Kartellrechtsreform als Alternative	23
Anhang	24
Literaturverzeichnis	25

VORWORT

Die exorbitanten Krisengewinne von Mineralölkonzernen und Stromproduzenten im Zuge des Überfalls Russlands auf die Ukraine führten 2022 zu einer hitzigen Debatte über die Einführung einer Übergewinnsteuer. Die schließlich verabschiedeten Maßnahmen, solche Zufallsprofite abzuschöpfen, fallen allerdings enttäuschend aus. Auf insgesamt nur etwas mehr als 3,5 Milliarden Euro dürften sich am Ende die Einnahmen für die öffentliche Hand belaufen. Das ist weit entfernt von den 30 bis 100 Milliarden Euro, die eine erste, viel beachtete Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) aus dem Sommer 2022 errechnet hat (Trautvetter/Kern-Fehrenbach 2022).

Mit der vorliegenden Publikation wirft die RLS deswegen erneut einen Blick auf krisenbedingte Extraprofite und darauf, wie man sie wirkungsvoll besteuern kann. Dazu werden die vorliegenden Geschäftszahlen der Mineralölkonzerne und Stromproduzenten, aber auch von Banken, Automobilkonzernen und Logistikdienstleistern analysiert. Das Thema ist aktueller denn je: Die lang anhaltende Inflation hat mehr Menschen in Armut gestürzt, während sich auf der anderen Seite Aktionär*innen über Rekorddividenden freuen konnten. Noch dazu hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023 zum Klima- und Transformationsfonds die Spielräume für die Kredit- und Haushaltspolitik unter dem Diktat der Schuldenbremse deutlich beschnitten. Die Ampel reagiert darauf mit einer Politik, die Projekte zur sozial-ökologischen Transformation ausbremst und Menschen mit geringen Einkommen finanziell weiter belastet.

Diese dramatische Zuspitzung der haushaltspolitischen Lage und der sozialen Polarisierung braucht

grundlegend andere Antworten. Zum einen muss die Schuldenbremse abgeschafft werden, denn sie verhindert dringend benötigte Investitionen in die maroden Infrastrukturen unseres Landes. Zum anderen muss unser Steuersystem gerechter gestaltet werden, um hohe leistungslose Gewinne und Vermögen zum Wohle der Allgemeinheit abzuschöpfen. Eine richtig gestaltete Übergewinnsteuer stellt darin einen wichtigen Baustein dar. Die vorliegende Studie zeigt, dass eine solche Steuer allein in Deutschland jährlich bis zu 40 Milliarden Euro einbringen könnte.

Eine Übergewinnsteuer kann unsere Gesellschaft widerstandsfähiger gegen die zahlreichen Krisen machen, mit denen wir konfrontiert sind. Die Zuspitzung der ökologischen Krise sowie wachsende geopolitische Spannungen und Kriege werden auch künftig zu Lieferengpässen und Preisschocks führen. Dagegen müssen wir Vorsorge treffen: mit Preisbremsen für strategisch wichtige (Vor-)Produkte, um Inflationsspiralen von Anfang an abzubremsen, und mit steuerlichen Maßnahmen, um die Extraprofite solcher Preisschocks abzuschöpfen. Darüber hinaus brauchen wir eine dauerhafte Besteuerung der regelmäßigen Übergewinne großer Konzerne, die immer mehr Marktmacht besitzen. Die vorliegende Studie soll dazu beitragen, die Kämpfe für solche Maßnahmen voranzubringen.

Daniela Trochowski, Geschäftsführerin der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Eva Völpel, Referentin für Wirtschafts- und Sozialpolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Dezember 2023

ZUSAMMENFASSUNG

Im Sommer 2022, als die Preise an der Tankstelle die Zwei-Euro-Marke überschritten, erreichte die Debatte um die Krisengewinnsteuer ihren vorläufigen Höhepunkt. Die mittlerweile veröffentlichten Geschäftsberichte für das Jahr 2022 zeigen, dass die Kriegsgewinne bei den Mineralöl- und Stromkonzernen mit knapp 100 Milliarden Euro allein in Deutschland so riesig waren wie erwartet und die Corona-Krisengewinne um ein Vielfaches übersteigen. Die auf Druck der Europäischen Union (EU) verabschiedeten Übergewinnsteuern schöpfen davon ersten Zahlen zufolge nur etwa 1 bis 2 Milliarden Euro ab. Um für die nächsten Krisen besser gewappnet zu sein und die riesigen Übergewinne der großen Konzerne abzuschöpfen, braucht es eine allgemeingültige, effektive Übergewinnsteuer. Die vorliegende Studie analysiert die Übergewinne der Mineralöl- und Stromkonzerne. Darüber hinaus identifiziert sie weitere Branchen und Kriterien zur Identifikation von Unternehmen mit Übergewinnen. Sie zeigt: Eine richtig gestaltete Übergewinnsteuer könnte von wenigen besonders großen und profitablen Konzernen allein in Deutschland jährlich 20 bis 40 Milliarden Euro Einnahmen generieren. Sie wäre die richtige Antwort auf die multiplen Krisen des Kapitalismus.

Die Mineralölkonzerne und die Stromproduzenten verzeichneten im Vergleich zu anderen Branchen und früheren Krisen im Jahr der Ukraine-Invasion herausragende Gewinnsteigerungen. Allein in Deutschland erzielten sie Zusatzeinnahmen von 70 Milliarden Euro (Mineralölkonzerne) bzw. mindestens 30 Milliarden Euro (Stromkonzerne). In Deutschland und auf EU-Ebene wurden davon lediglich etwa 2 Prozent abgeschöpft. Die Förderländer, allen voran Saudi-Arabien, haben sich hingegen einen deutlich größeren Teil gesichert. Etwa die Hälfte der krisenbedingten Zusatzeinnahmen landete als Übergewinn bei den Mineralölkonzernen und wurde größtenteils an Aktionär*innen ausgeschüttet und so gut wie gar nicht in erneuerbare Energien investiert. Bei den großen deutschen Stromproduzenten sind Übergewinne aufgrund vielfältiger Sondereffekte nur schwer zu identifizieren und zudem deutlich kleiner.

Schaut man auf die Gewinnentwicklung der 2.000 größten Konzerne weltweit, zeigt sich ein recht klares Bild: Die Gewinnsteigerungen der Mineralölkonzerne stellen mit 400 Milliarden Dollar alles in den Schatten. Banken (140 Mrd. Dollar) und Technologiekonzerne (50 Mrd. Dollar) folgen mit großem Abstand auf Rang zwei und drei. In Deutschland sind es vor allem die größten Konzerne, die seit Jahren Rekordgewinne und die schnellsten Gewinnsteigerungen verbuchen:

allen voran die großen Automobilkonzerne und, wegen der Preisexplosion in der Containerschifffahrt nach der Corona-Krise, auch der Logistikkonzern Hapag-Lloyd. Hohe Gewinne und Gewinnsteigerungen gibt es außerdem in regulierten und hochkonzentrierten Branchen (Deutsche Post, Deutsche Telekom) sowie – aus makroökonomischer Sicht – in der Landwirtschaft, im Baugewerbe und im Sektor Handel/Gaststätten/Verkehr. Bei den deutschen Rüstungskonzernen sind die Krisengewinne bisher klein und werden im globalen Maßstab auch klein bleiben. Für die großen Supermärkte fehlen die Geschäftszahlen noch. Weltweit, wie auch für Deutschland, gilt aber ein für den freien Wettbewerb problematischer Trend: je größer der Konzern und je größer seine Marktmacht, umso größer die Rendite.

Die Energiepreiskrise und die multiplen Krisen des Kapitalismus machen eine kurzfristige und eine langfristige Lösung erforderlich. Wie die Arbeiten der Ökonomin Isabella M. Weber zeigen, sind bei krisenhaften Schwankungen der Preise wichtiger Vorleistungsgüter, vor allem Öl und Gas, kurzfristige Markteingriffe nötig, um Inflationsspiralen zu verhindern. Geschieht dies – wie bei der Strom- und Gaspreisbremse – über Subventionen für die Verbraucher*innen, sollten die zusätzlichen Gewinne so umfassend wie möglich bei den Produzenten abgeschöpft werden. Dafür muss es international, vor allem mit den Produzentenländern, eine Einigung geben.

Langfristig muss den starken Konzentrationstendenzen und der großen Marktmacht weniger Konzerne entgegengewirkt werden. Dazu braucht es vor allem wirksame Kartellbehörden. Die Kartellrechtsreform des Jahres 2023 ist ein guter Schritt in diese Richtung. Allerdings zeigt nicht zuletzt die Sektoruntersuchung bei den Raffinerien und Tankstellen die Grenzen der Behörde. Die neuen rechtlichen Mittel und die 19 zusätzlichen Mitarbeiter*innen werden das vermutlich nicht grundlegend ändern können. Deswegen sollte eine allgemeingültige und breite Übergewinnsteuer die Übergewinne der größten und profitabelsten Konzerne weltweit abschöpfen und an die Marktstaaten verteilen. Die aktuellen Vorschläge der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zur Bestimmung und Neuverteilung der sogenannten Residualgewinne ist dafür eine gute Grundlage – auch wenn sie Mineralölkonzerne und Banken bisher ausschließen. Die so ermittelten Übergewinne von etwa 200 Konzernen summieren sich auf etwa 1.000 Milliarden Euro. Davon könnte Deutschland je nach Steuersatz bis zu 40 Milliarden Euro pro Jahr erhalten.

EINFÜHRUNG: DIE DEBATTE UM REKORDGEWINNE IN DER KRISE: VON GIERFLATION BIS SCHEINGEWINN

In der Debatte um Krisengewinne aufgrund der Folgen der Corona-Pandemie war die vorherrschende Meinung, dass sich eine Übergewinnsteuer nicht lohne, weil es zu schwierig sei, die entsprechenden Gewinne zu isolieren. Das erwartbare Steueraufkommen sei zudem für den Aufwand zu gering. Schließlich seien die Gewinne recht breit über die Wirtschaft verteilt und oft eng mit innovativen Anpassungsreaktionen verbunden, lauteten gängige Erklärungen.

Zwei Jahre später, 2022, explodierten als Folge des russischen Angriffskriegs für alle sichtbar die Preise für Benzin und Diesel an deutschen Tankstellen. In der Folge erlebte die Steuerdebatte einen zweiten Höhepunkt. Wieder beriefen sich der Bundesfinanzminister und auch der wissenschaftliche Beirat des Ministeriums darauf, dass Übergewinne nicht einfach identifizierbar seien. So konnte Christian Lindner «amtlicherseits auch nicht bestätigen [...], dass es sogenannte Übergewinne überhaupt gibt» (BMF 2022). Außerdem würde eine entsprechende Steuer das Vertrauen in das Steuersystem und zukünftige Investitionen gefährden (ebd.). Die mittlerweile veröffentlichten Geschäftsberichte zeigen, dass die Krisengewinne zumindest bei den Mineralölkonzernen fast so riesig waren wie erwartet (und von uns berechnet; vgl. Trautvetter/Kern-Fehrenbach 2022) und die Corona-Krisengewinne um ein Vielfaches übersteigen. Zugleich ist wegen der anhaltend hohen Inflation eine neue Debatte um die Rolle von Preisentscheidungen und Gewinnmargen von Unternehmen entstanden. Neben steuerlichen Lösungen haben kartellrechtliche Instrumente und die Forderung nach Preisregulierungen in der Debatte an Gewicht gewonnen.

Von Januar 2021 bis Juli 2023 verzeichnete der Verbraucherpreisindex in Deutschland einen Anstieg um 17 Prozent, weit jenseits der Zielmarke der Europäischen Zentralbank (EZB) von maximal 2 Prozent pro Jahr. Haupttreiber waren dabei Energie (+ 50 Prozent) und Nahrungsmittel (+ 31 Prozent) (vgl. Statistisches Bundesamt 2023a). Entsprechend der dominanten wirtschaftswissenschaftlichen Meinung erhöhten die Zentralbanken weltweit den Leitzins, mit fragwürdigem Erfolg. Es entstand eine intensive wirtschaftspolitische Debatte über Ursachen, Folgen und geeignete Gegenmaßnahmen zur Bekämpfung der Inflation. Entgegen der bisherigen wirtschaftspolitischen Orthodoxie suchen mehrere Studien die Ursachen der Inflation bei den Preisentscheidungen der Unter-

nehmen. Einige Journalist*innen haben dazu – abweichend von der wissenschaftlichen Theorie von Isabella M. Weber – den Begriff «Gierflation» geprägt.¹ Auf der anderen Seite argumentieren Unternehmensvertreter*innen, dass es sich bei den gestiegenen Gewinnen zum Teil um Scheingewinne handele, weil die gestiegenen Wiederbeschaffungspreise für ihre Produktionsmittel noch nicht in den Gewinnen abgebildet seien.² Beide Seiten stützen sich auf empirische Belege, ein abschließendes Urteil erlauben die Zahlen aber noch nicht.

→ Steigende Gewinne haben wesentlich zur Inflation beigetragen.

Mehrere auf makroökonomischen Daten basierende Analysen kommen zu dem Ergebnis, dass gestiegene Profite von Anfang 2021 bis Mitte 2023 für den Großteil der Inflation verantwortlich waren. Eine Analyse der Europäischen Zentralbank beziffert den Inflationsbeitrag im Euroraum für das Jahr 2022 auf zwei Drittel (vgl. Arce et al. 2023). Auch die OECD kommt zu dem Ergebnis, dass in den Jahren 2021 und 2022 sowie im ersten Quartal 2023 Gewinne im OECD-Durchschnitt ebenso wie in Deutschland schneller gestiegen sind als die Lohnkosten (vgl. Araki et al. 2023). Das ifo-Institut hat errechnet, dass der Anstieg der Verbraucherpreise hauptsächlich auf gestiegene Kosten für Vorleistungsgüter, gefolgt von einer Ausweitung der Bruttogewinnaufschläge, zurückgeht – die Lohnstückkosten folgen erst an dritter Stelle und leisten einen vergleichsweise geringen Beitrag (vgl. Wollmershäuser 2023). Schließlich hat das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) im September 2023 die Ergebnisse vorheriger Studien bestätigt. Es führt aus, dass die Stückgewinne «früher und schneller angestiegen [sind] als die Lohnstückkosten» (Dullien et al. 2023).

→ Einzelne Branchen und Unternehmen haben ihre Preise überproportional erhöht.

Eine aktuelle Analyse von Oxfam zeigt, dass 772 der weltweit größten Konzerne ihre Gewinne in den Jahren 2021 und 2022 im Vergleich zum Durchschnitt der vorherigen vier Jahre (2017–2020) um 89 Prozent bzw. etwas über eine Billion Euro pro Jahr erhöht haben (vgl. Thériault/Grainger 2023). Eine auf the-

1 In Deutschland wurde der Begriff erstmals im Juli 2022 in der *Süddeutschen Zeitung* – mit Verweis auf die in den USA laufende Debatte zu *greedflation* – im Artikel «Vorwurf Gierflation». Wie viel Gier steckt hinter den steigenden Preisen?» von Bastian Brinkmann aufgegriffen.

2 Der Steuerpodcast «Frisch serviert» beispielsweise thematisierte inflationsbedingte Scheingewinne in einer im Juni 2023 veröffentlichten Folge.

oretischen und tatsächlichen Preisanpassungen basierende Studie des Verbands der Forschenden Arzneimittelhersteller (VFA) (vgl. Michelsen/Junker 2023) zeigt, dass ein Großteil der Unternehmen die gestiegenen Kosten für Vorleistungen fast vollständig – bzw. zumindest überproportional – weitergeleitet hat (vgl. Olk 2023). Eine weitere auf Finanzdaten von großen Konsumgüterherstellern (u. a. Nestlé, Unilever, Pepsi und Henkel) basierende Analyse zeigt, dass die EBIT-Margen³ im ersten Halbjahr 2023 im Vergleich zum Vorkrisenniveau des ersten Halbjahres 2019 in etwa gleichgeblieben sind, sodass es zu keiner Margenerhöhung kam (vgl. Kolf et al. 2023). Ein weiterer Blick auf die Rohertragsmarge der DAX- und MDAX-Unternehmen anhand der Finanzdaten aus dem Jahr 2022 zeigt ebenfalls, dass die Rohertragsmarge der meisten Unternehmen – bis auf einige Ausnahmen – im Vergleich zum Vorjahr etwa gleichgeblieben oder gesunken ist (vgl. Schlautmann 2023).

Ähnlich wie die Debatten über die Ursachen der Inflation und den Umfang der Krisengewinne befindet sich auch die Suche nach geeigneten Gegenmaßnahmen noch mitten im Prozess. Parallel zu den Zinsentscheidungen der Zentralbanken weltweit verabschiedete die Bundesregierung eine Reihe kurzfristiger Unterstützungsmaßnahmen: vom Tankrabatt über Mehrwertsteuersenkungen und zeitweise stark vergünstigte Tickets für den öffentlichen Nahverkehr (9-Euro-Ticket) bis hin zur Gas- und Strompreisbremse. Zudem versuchte sie, die Forderung nach höheren Löhnen über steuerfreie Einmalzahlungen zu bremsen. Ende 2022 setzte sie außerdem auf Ver-

ordnung der Europäischen Kommission eine Steuer auf die Krisengewinne der Mineralölkonzerne und die Abschöpfung von hohen Verkaufserlösen der Stromproduzenten um. Endgültige Zahlen, wie viel diese Maßnahmen gebracht haben, fehlen noch. Aber es deutet sich an, dass das Aufkommen eher gering war. An europäischen Gerichten sind aufgrund dieser Steuer derzeit mehrere Klagen anhängig. Auch das Wettbewerbsrecht wurde vom Bundestag im Juli 2023 reformiert. Diese potenziell weitreichende Gesetzesänderung erweitert die Eingriffsmöglichkeiten des Kartellamts im Rahmen der sogenannten Sektoruntersuchung und vereinfacht die Abschöpfung von kartellrechtswidrig erlangten Vorteilen (vgl. Bundesregierung 2023a).

Die vorliegende Studie liefert eine erste Analyse der Krisengewinne im Jahr 2022 und ist ein Beitrag zur Debatte über die Besteuerung von Übergewinnen. Im ersten Kapitel werden aktuelle Informationen über Krisengewinne und deren Besteuerung bei den Mineralölkonzernen und Stromproduzenten gegeben. Soweit schon möglich wird dargestellt, wie groß die Gewinnsteigerungen tatsächlich waren und welcher Teil davon besteuert worden ist. Anschließend erfolgt im zweiten Kapitel ein Vergleich der Krisengewinne im Energiebereich mit denjenigen in anderen Branchen und einzelnen Unternehmen. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, wo sich signifikant steigende Gewinne und Gewinnspannen finden. Abschließend werden im dritten Kapitel Schlussfolgerungen für eine dauerhafte und allgemeingültige Lösung für die Besteuerung von Krisen- oder Übergewinnen gezogen.

3 Die *Earnings Before Interest and Tax*-(EBIT)-Marge bezeichnet das Verhältnis des Gewinns vor Steuern und Zinsen zu den Umsatzerlösen.

1 MINERALÖLKONZERNE: REKORDGEWINNE SEIT KRIEGSBEGINN

In ihrer viel zitierten Studie «Sellers' Inflation, Profits and Conflict: Why can Large Firms Hike Prices in an Emergency?» mit Evan Wasner (Weber/Wasner 2023)⁴ zu den Gründen der aktuellen Inflation identifiziert die Ökonomin Isabella M. Weber die Rohstoffmärkte und insbesondere die Mineralölkonzerne als zentrale Auslöser der Inflationsspirale. Webers Analyse zufolge haben sie in Zeiten von historisch niedriger Nachfrage wegen der weltweiten Corona-Lockdowns ineffiziente Förderkapazitäten stillgelegt und nach der Krise nur teilweise wieder aktiviert. Im Corona-Jahr 2020 sank die weltweite Ölproduktion um etwa 6 Prozent, nachdem sie in den Vorjahren regelmäßig mit dem globalen Wirtschaftswachstum gestiegen war. Die Gasproduktion hingegen blieb auch in der Corona-Krise weitgehend stabil.

Die durch das Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage verursachten Preissteigerungen im Jahr 2021 wurden Anfang 2022 zusätzlich vom russischen Angriffskrieg auf die Ukraine überlagert. 2021 kamen noch etwa 11 bis 14 Prozent des weltweit produzierten Öls und 19 Prozent des weltweit extrahierten Gases aus Russland. Die weltweite Ölproduktion erreichte 2022 trotz Angriffskrieg etwa wieder das Niveau von 2019. Produktionsniveau und Anteil in Russland blieben relativ konstant. Im Gegensatz dazu sank die Gasproduktion in Russland um mehr als 10 Prozent. Weil andere Länder den russischen Ausfall kompensierten, blieb die weltweite Produktion aber weitgehend konstant und der russische Marktanteil sank auf etwa 16 Prozent (siehe Tab. 1).

Aufgrund der Marktentwicklung haben sich die Preise für Öl im Zeitraum 2019 bis 2022 von 50 US-Dollar pro Fass auf etwa 100 US-Dollar verdoppelt. Damit

erreichten sie (inflationsbereinigte) Spitzenwerte wie zuletzt im Jahr 2011 und zu Zeiten der Ölpreiskrisen Ende der 1970er- und Anfang der 1980er-Jahre. Anfang 2023 lag der Preis mit etwa 80 US-Dollar noch immer deutlich über dem langjährigen Mittelwert; Ende Oktober 2023 waren es etwa 90 US-Dollar.

Weil Deutschland besonders abhängig von russischem Gas war und die Strompreise über das Merit-Order-Prinzip indirekt an den Gaspreis gekoppelt sind, war der Preisanstieg bei Gas und Strom noch deutlich steiler als bei Öl. Auf dem Höhepunkt im Sommer 2022 hatten sich die Preise im Vergleich zu 2019 mehr als verachtfacht. Im zweiten Halbjahr 2023 lagen sie noch auf dem Niveau von 2021, waren also etwa doppelt so hoch wie vor der Corona- und der insbesondere kriegsbedingten Energiepreiskrise (siehe Abb. 1).

Als Folge erzielten fast alle großen Mineralölkonzerne und viele Stromproduzenten Rekordgewinne. Eine erste Analyse vom Sommer 2022 schätzte die in Deutschland erzielten Zusatzeinnahmen auf etwa 100 Milliarden Euro und forderte eine Übergewinnsteuer (vgl. Trautvetter/Kern-Fehrenbach 2022). Kritiker*innen warnten unter anderem davor, dass eine solche Steuer das Vertrauen in das deutsche Steuersystem schwächen und Investitionen in erneuerbare Energien gefährden würde. Trotzdem wurde Ende 2022 auf Verordnung der EU auch in Deutschland eine begrenzte Übergewinnbesteuerung für Mineralölkonzerne und eine Abschöpfung von Überschusserlösen der Stromproduzenten verabschiedet. Im Folgenden soll anhand aktueller Geschäftszahlen nachvollzogen werden, wie hoch die Krisengewinne tatsächlich waren, welcher Anteil durch Steuern abgeschöpft

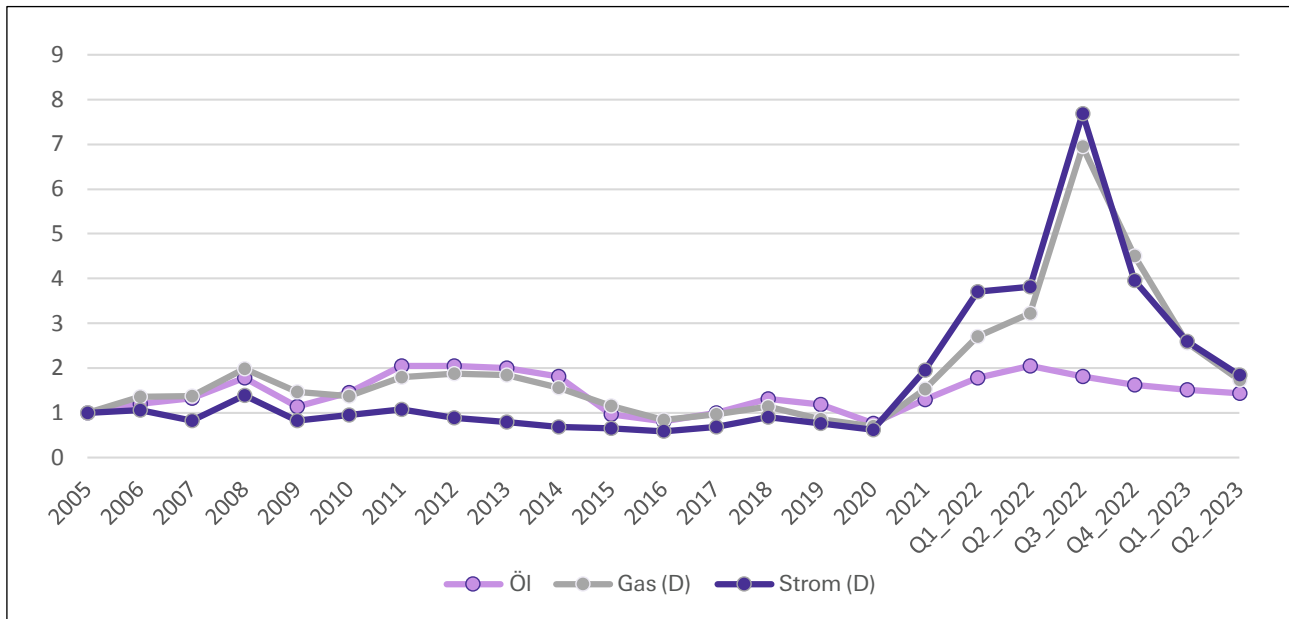
Tabelle 1: Weltweite Öl- und Gasproduktion von 2019 bis 2022

	2019	2020	2021	2022
Öl (in Mio. Fässern pro Tag)				
Welt	10.021	9.383	9.555	10.002
davon Russland	11,5%	11,2%	11,3%	10,9%
Gas (in Mrd. m³)				
Welt	3.999	3.930	4.103	4.071
davon Russland	18,1%	17,5%	18,5%	15,9%

Quellen: Jährliche Produktionsdaten für «petroleum and other liquids», EIA o. J.; Regionale Produktionsdaten für Gas, IEA 2022a

⁴ Darüber hinaus hat Isabella M. Weber bereits 2022 zwei Artikel zum Thema veröffentlicht (Weber 2022; Weber et al. 2022).

Abbildung 1: Preisentwicklung bei Öl, Gas und Strom seit 2005 (2005 = 1)



Quelle: eigene Darstellung basierend auf dem BP Energy Charting Tool und energy-charts.info (Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme) für Strompreise

werden konnte und was aus den restlichen Gewinnen wurde.

1.1 Wie hoch waren die Übergewinne tatsächlich?

Antwort: Anhand aktueller Verbrauchs- und Preisdaten aus Deutschland ergeben sich hierzulande Zusatzeinnahmen von etwa 70 Milliarden Euro für Öl und Gas sowie 30 Milliarden Euro für Strom (exklusive Stromerzeugung aus Öl, Gas und Steinkohle). In den Geschäftsberichten der großen Mineralölkonzerne findet sich etwa die Hälfte dieser Zusatzeinnahmen als Gewinnsteigerung wieder. Bei den großen deutschen Stromproduzenten verzerren vielfältige Sondereffekte die Geschäftszahlen. Trotz gestiegener Profitabilität lassen sich deshalb nur in Einzelfällen signifikante Gewinnsteigerungen feststellen.

Im Vergleich zu unserer ersten Schätzung (Trautvetter/Kern-Fehrenbach 2022) lag der Preis für Öl etwas niedriger, derjenige für Gas und Strom etwas höher. Der Verbrauch fiel niedriger aus als damals auf Grundlage der verfügbaren Vorjahreszahlen geschätzt. Mit den aktualisierten Verbrauchsdaten und Durchschnittspreisen für das Jahr 2022 ergeben sich rein rechnerisch Zusatzeinnahmen für die Verkäufer und Produzenten von 140,5 Milliarden Euro – gegenüber 113 Milliarden Euro in der letztjährigen Prognose (siehe Tab. 2).

Auf volkswirtschaftlicher Ebene stiegen die Ausgaben für Rohölimporte nach Deutschland im Jahr 2022 um 24 Milliarden Euro im Vergleich zu 2019 (Statistisches Bundesamt 2023b). Die Erdgasimporte kosteten 31 Milliarden Euro mehr, obwohl die importierte Menge sich fast halbierte (Statistisches Bundesamt

Tabelle 2: Energieverbrauch und Preise im Jahr 2022

	Verbrauch	Preis vor der Krise	Durchschnittspreis 2022	rechnerische Zusatzkosten
Öl (in Mio. Fässern)	670	60 Euro	99,08 Euro	26,2 Mrd. Euro
Gas (in Bio. BTU*)	3.062	8 Euro	21,01 Euro	39,9 Mrd. Euro
Strom ohne Steinkohle, Gas, Öl (in TWh)	380,6	40 Euro	235,45 Euro	74,4 Mrd. Euro
gesamt				140,5 Mrd. Euro

* British thermal units

Quellen: Verbrauchsdaten für Öl und Gas laut AG Energiebilanzen e. V. 2023 (Primärenergieverbrauch, Tabelle 2.1) und für Strom laut Bundesnetzagentur 2023; Durchschnittspreise für 2022 laut Statistischem Bundesamt 2023b und 2023c und Bundesnetzagentur 2023; Preise vor der Krise nach eigener Berechnung

2023c). Rechnet man dazu noch allem Anschein nach erhöhte Raffineriemargen im Inland und möglicherweise weitere Aufschläge an den Tankstellen, ergeben sich Zusatzkosten von rund 70 Milliarden Euro für Öl und Gas. Die privaten Haushalte zahlten laut Statistischem Bundesamt im Vergleich zu 2019 nur rund 15 Milliarden Euro zusätzlich für Kraftstoffe und 6,5 Milliarden Euro zusätzlich für Gas und flüssige Brennstoffe (Statistisches Bundesamt 2023d). Wegen längerfristiger Lieferverträge dürfte ein Teil der Kosten erst verspätet bei ihnen ankommen oder durch die Lieferanten getragen werden. Ein weiterer Kostenanteil wird durch gewerbliche Verbraucher*innen getragen bzw. über den Preis der verschiedenen Güter – vom energieintensiven Glas oder Papier bis zum Restaurantbesuch – an die Kund*innen weitergegeben.

Beim Strom erwirtschaftete Deutschland auch 2022 einen kleinen Exportüberschuss. Private Haushalte, die für etwa ein Drittel des Verbrauchs verantwortlich sind, zahlten 11 Milliarden Euro mehr für Strom. Die Preise lagen laut Statistischem Bundesamt für die Haushalte bei durchschnittlich 134,50 Euro pro Terrawattstunde (TWh) und bei den gewerblichen Abnehmern bei 129,80 Euro und damit deutlich unter dem durchschnittlichen Marktpreis von 235,45 Euro pro TWh (vgl. Statistisches Bundesamt o. J.). Ob auch hier die Stromproduzenten und Verkäufer über langfristige, in der Krise abgeschlossene Lieferverträge zu hohen Preisen oder nachträgliche Tarifierhöhungen hinaus noch weitere Zusatzkosten an die Verbraucher*innen weitergeben können, bleibt offen. Wäre

das nicht der Fall, ergäben sich Zusatzkosten von etwa 30 Milliarden Euro (berechnet ohne Wirkung der Strompreisbremse).

Ein Blick auf die Geschäftsberichte der jeweils wichtigsten Unternehmen zeigt, dass nicht alle diese Zusatzkosten auch als Krisengewinne bei ihnen angekommen sind. Die zehn Mineralölkonzerne mit den größten Gewinnsteigerungen haben ihre globalen Gewinne von 2019 bis 2022 um 320 Milliarden US-Dollar erhöht (siehe Tab. 3; vgl. Murphy 2023; Abweichung z. B. bei BP: -1.357 Mio. USD). Zusammengekommen entfielen auf sie etwa 20 Prozent der globalen Fördermenge von Öl und Gas. Davon verbrauchte Deutschland etwa 2 Prozent. Rechnet man die Gewinnsteigerungen der zehn Unternehmen anhand ihres globalen Marktanteils hoch (mal 5) und berechnet den deutschen Anteil wiederum anhand des Marktanteils (geteilt durch 50), ergibt sich ein globaler Übergewinn von 1.600 Milliarden US-Dollar und ein deutscher Anteil von 32 Milliarden US-Dollar. Das entspricht etwa der Hälfte der erwarteten Zusatzeinnahmen.

Die Geschäftsberichte von Gazprom, Deutschlands bis dato wichtigstem Gaslieferanten, sind seit dem Angriffskrieg nicht mehr öffentlich zugänglich. Laut einer vorläufigen Analyse stieg der Gewinn im ersten Halbjahr 2022 auf etwa 40 Milliarden US-Dollar (im Vergleich zu 30 Mrd. USD im Vorjahr; vgl. Wiśniewska 2023). Später veröffentlichte Zeitungsberichte taxieren den Gewinn für das Gesamtjahr auf nur noch 15 Milliarden US-Dollar und führen – neben dem Verfall des Rubels – hohe Steuerzahlungen als

Tabelle 3: Gewinnsteigerungen von zehn ausgewählten Mineralölkonzernen 2019–2022 (in Mio. US-Dollar)

Unternehmen	Land	Gewinn 2022 (Mio. USD)	Gewinn 2019 (Mio. USD)	Änderung (Mio. USD)	Marktanteil
Saudi Aramco	Saudi-Arabien	156.360	88.205	68.155	6,1%
ExxonMobil	USA	61.690	14.340	47.350	2,5%
Shell	Großbritannien	43.510	9.948	33.562	2,0%
Chevron	USA	35.780	2.924	32.856	2,4%
BP	Großbritannien	25.890*	(3.291)**	29.181	0,8%
Equinor	Norwegen	28.980	1.759	27.221	-
Petrobras	Brasilien	36.470	10.175	26.295	1,0%
Schlumberger	USA	3.870	(17.934)**	21.804	-
Eni	Italien	13.120	(4.303)**	17.423	-
PetroChina	China	22.180	6.639	15.541	2,8%

* ohne 25 Mrd. US-D Abschreibung auf Russlandgeschäft; ** () = negativer Wert

Quelle: eigene Darstellung basierend auf Forbes 2.000 2023 (vgl. Murphy 2023); Marktanteile basierend auf Trautvetter/Kern-Fehrenbach 2022: ungewichteter Mittelwert aus Öl- und Gasmarkt für das Jahr 2021

Hauptgrund für den Rückgang an (vgl. AFP 2023). Im Gegensatz zum Mineralölmarkt ist die Stromproduktion deutlich stärker national geprägt und kleinteiliger. Trotzdem entfielen etwa 36 Prozent des 2022 in Deutschland produzierten Stroms auf die fünf größten Unternehmen (siehe Tab. 4). Ihre Gewinnentwicklung ist jedoch durch so viele Sondereffekte bestimmt, dass eine zuverlässige Abschätzung der entstandenen Übergewinne nicht möglich ist. Dies liegt zum einen daran, dass die großen Unternehmen mit Ausnahme der LEAG ihren Strom aus unterschiedlichen Quellen produzieren und neben der Stromproduktion noch in mehreren anderen Geschäftsfeldern (z. B. Vertrieb, Handel, Netzbetrieb) und in anderen Ländern mit unterschiedlich regulierten Märkten tätig sind. Zwar schlüsseln die Unternehmen ihre Umsätze und teilweise ihre Gewinne mitunter nach Ländern, einzelnen Geschäftsfeldern und Arten der Stromproduktion auf, allerdings ist es in keinem der Fälle möglich, einen Gewinn für die deutsche Stromproduktion nach Stromart zu extrahieren. Zusätzlich beeinflussen außerordentlich hohe Sondereffekte und nur teilweise nachvollziehbare Entscheidungen über die buchhalterische Behandlung von Warenbeständen bis hin zu derivativen Finanzinstrumenten die Geschäftszahlen für das Jahr 2022.

So verbucht RWE Derivate zum Beispiel zur Absicherung von Stromlieferungen oder Kohleeinkauf an mehreren Stellen der Gewinn- und Verlustrechnung im zweistelligen Milliardenbereich. Bei Uniper dominieren Verluste aus dem Gashandel und Abschreibungen auf das Russlandgeschäft das Ergebnis. Bei Vattenfall kommen verzerrende Effekte aus dem schwedischen Atommüllfonds hinzu. Auch eine vorläufige Analyse ausgewählter großer europäischer Stromproduzenten durch die IEA aus dem Jahr 2022 kommt deswegen zu dem Schluss, die Profitabilität sei insgesamt gestie-

gen, aber eine Vielzahl von Faktoren führe zu starken Unterschieden zwischen den einzelnen Anbietern, darunter der sehr unterschiedliche Umgang mit Absicherungsgeschäften (vgl. IEA 2022b).

Anders als bei den Mineralölkonzernen lassen sich die prognostizierten Zusatzeinnahmen und Gewinnsteigerungen großer deutscher Stromproduzenten also nicht ohne Weiteres feststellen. Ihre Gewinnsteigerungen waren aber in jedem Fall deutlich kleiner als diejenigen der Mineralölkonzerne. Darüber hinaus erzielten viele kleinere Stromproduzenten, vor allem von Ökostrom, durch die hohen Preise im Jahr 2022 große Gewinnsteigerungen (aber in absoluten Zahlen jeweils vergleichsweise kleine Übergewinne). Wegen des kleinteiligen, ohnehin stark regulierten und geförderten Marktes sind diese Gewinne aber eher eine Frage des Marktdesigns und weniger eine Frage der Übergewinnbesteuerung. Sie ließen sich beispielsweise über sogenannte Differenzkontrakte (CfDs) abschöpfen.

1.2 Welcher Anteil der Zusatzeinnahmen wurde durch Besteuerung abgeschöpft?

Antwort: Ein großer Teil der Diskrepanz zwischen prognostizierten Zusatzgewinnen und tatsächlichen Gewinnsteigerungen bei den Mineralölkonzernen lässt sich aus der Gewinnabschöpfung erklären. Progressive Förderabgaben in den Quellenländern, etwa in Saudi-Arabien oder auch Großbritannien, spielten dabei eine deutlich größere Rolle als die europäische und die deutsche Übergewinnsteuer.

Bisher gibt es noch so gut wie keine offiziellen Zahlen zu den Einnahmen aus den steuerlichen Krisenmaßnahmen. Eine Schätzung der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2023 geht von 50 Milliarden Euro aus; darin enthalten sind 23,4 Milliarden Euro für Deutschland (vgl. Europäische Kommission 2023).

Tabelle 4: Marktanteil und Gewinnentwicklung (in Mio. Euro) der großen deutschen Stromproduzenten 2019 und 2022 im Vergleich

	Anteil an deutscher Produktion	Anteil an deutscher Produktion ohne Öl, Gas, Steinkohle	Ergebnis 2022 (Mio. Euro)	Ergebnis 2019 (Mio. Euro)
RWE	13%	14%	2.992	(660)*
LEAG	8%	11%	n. v.	11**
EnBW	9%	8%	1.844	597
Uniper	4%	2%	(19.124)*	644
Vattenfall	2%	2%	2	1.400
Gesamt	36%	36%	n. v.	1.990

n. v. = nicht vorhanden

* () = negativer Wert; ** Zahlen der Lausitz Energie Kraftwerke AG, da konsolidierte Zahlen der LEAG-Gruppe nicht vorhanden sind

Quelle: eigene Darstellung basierend auf Geschäftsberichten

Diese Schätzung ist allerdings mittlerweile überholt. Für die ersten vier Monate (12/2022–03/2023) wurden – wegen schwacher, nicht rückwirkend greifender Regelungen – auf dem deutschen Strommarkt lediglich 417 Millionen Euro abgeschöpft (vgl. BMWK 2023). Der Betrag dürfte sich bis zum Auslaufen der Maßnahme im Juni 2023 nicht wesentlich erhöht haben. Aus der Besteuerung der Mineralölkonzerne erwartet die Bundesregierung lediglich etwa 3 Milliarden Euro, verteilt auf zwei Jahre. Einige Länder – wie zum Beispiel Italien – haben Berichten zufolge bereits deutlich höhere Einnahmen realisiert als Deutschland. Im Fall von Italien sind es 2,8 Milliarden Euro für 2022, wobei weitere 2,6 Milliarden Euro für 2023 erwartet werden. Auch dies fällt jedoch zurück hinter die ursprünglich erwarteten 10 bis 11 Milliarden Euro (vgl. Fonte 2022). Allerdings steht für 2023 noch eine offizielle Bestätigung aus und die zugrunde liegenden Maßnahmen gehen teilweise sogar auf das Jahr 2021 zurück (vgl. Trautvetter/Kern-Fehrenbach 2022).

Ein Blick in die Geschäftsberichte erlaubt jedoch erste Rückschlüsse (siehe Tab. 5). Die sechs ausgewählten Mineralölkonzerne – darunter die drei größten Betreiber deutscher Tankstellen und Raffinerien – weisen zusammen etwa 4,6 Milliarden Euro an Zahlungen für die Sondersteuern in der EU und 3,3 Milliarden Euro in Großbritannien aus. Das entspricht jeweils etwa 2 Prozent ihrer Gewinnsteigerung. Eine weitere Aufschlüsselung auf einzelne Länder erfolgt auch in den Steuertransparenzberichten nicht. Allerdings zeigen diese, dass BP trotz deutlich gesteigener Raffineriemargen insgesamt für Deutschland weiterhin einen Verlust ausweist und einschließlich der normalen

Steuern weniger als 150 Millionen Euro gezahlt wurden. Im Gegensatz dazu sind die Steuerzahlungen von Total in Deutschland von 78 Millionen Euro im Jahr 2021 auf 1,2 Milliarden Euro im Jahr 2022 gestiegen. Die Übergewinnsteuer dürfte aber nur zu einem kleinen Teil dafür verantwortlich sein (vgl. Total Energies 2023). Insgesamt ist also davon auszugehen, dass die Schätzung der Bundesregierung von etwa 1,5 Milliarden Euro Einnahmen pro Jahr realistisch, vielleicht sogar etwas zu optimistisch war, weil wie erwartet der größte Teil der in Deutschland erzielten Zusatzgewinne in anderen Ländern verbucht wurde – neben einzelnen Steueroasen vor allem in den Förderländern.

Progressive Steuern in den Förderländern haben folgerichtig einen deutlich höheren Effekt auf die tatsächlich erzielten Gewinnsteigerungen. Für Saudi Aramco lässt sich dieser Effekt ziemlich genau abschätzen, weil ein Großteil der Einnahmen aus Öl auf Saudi-Arabien entfällt. Ab einem Verkaufspreis von 70 US-Dollar pro Fass steigen die Abgaben dort von 15 auf 45 Prozent und ab 100 US-Dollar sogar auf 80 Prozent. Zusätzlich werden 50 Prozent Steuern auf den verbliebenen Gewinn fällig. Zusammen reduzieren diese Steuern und Abgaben im Vergleich zu 2019 die Zusatzeinnahmen von etwa 40 US-Dollar pro selbst gefördertem Fass⁵ um etwa 18 US-Dollar. Nach weiteren Effekten stiegen die Gewinne letztlich nur um 14 US-Dollar pro Fass. Für die anderen Unternehmen lässt sich der Effekt nur mit sehr großem Aufwand annähernd bestimmen, weil sie in verschiedensten Ländern und Geschäftsfeldern tätig sind und dort sehr unterschiedliche, teilweise deut-

Tabelle 5: Besteuerung von Krisengewinnen bei sechs ausgewählten Mineralölkonzernen (in Mrd. US-Dollar)

	Gewinnsteigerung 2022 vs. 2019 (Mrd. USD)	EU- Übergewinnsteuer	UK- Übergewinnsteuer	zusätzliche Steuern und Abgaben in anderen Ländern
Saudi Aramco	68.155	-	-	ca. 50.000
ExxonMobil	47.350	1.825	-	?
Shell	33.562	1.385	802	?
Chevron	32.856	-	-	?
BP	29.181	505	1.834	?
Total	9.861	900	650	?
gesamt	220.965	4.615	3.286	?

Quelle: eigene Darstellung basierend auf Geschäftsberichten

⁵ Saudi Aramco verkauft vor allem selbst gefördertes Öl und Gas, einen Teil als Rohöl und einen Teil als verarbeitetes Endprodukt. Zusätzlich werden kleinere Mengen von anderen Produzenten hinzugekauft. Die Rechnung setzt die Gesamtumsätze einschließlich Gas und Verarbeitung abzüglich der Kosten für Zukäufe ins Verhältnis zu den produzierten Einheiten in Öläquivalenten.

lich komplexere Besteuerungsregeln gelten. Von den für Deutschland wichtigsten Förderländern erheben sowohl Russland (vgl. Russische Föderation o. J.) als auch Kasachstan (vgl. EY 2022) teilweise vom Marktpreis abhängige Abgaben. In den USA scheinen progressive Abgaben dagegen eine untergeordnete Rolle zu spielen (vgl. CRS 2020).

1.3 Welchen Einfluss hatten Gewinne und Steuern auf Investitionen?

Eines der zentralen Argumente gegen eine Übergewinnbesteuerung ist der erwartete oder behauptete Einfluss auf Investitionen, vor allem im Bereich erneuerbare Energien. Eine detaillierte Studie zu zwölf globalen und europäischen Mineralölkonzernen (Bukold 2023) im Auftrag von Greenpeace zeigt aber, dass ein

Großteil der Gewinnsteigerungen an Aktionär*innen ausgeschüttet wurde. So gaben 2023 sechs Konzerne zusammen mehr als 100 Milliarden Euro allein für Rekorddividenden und Rekordaktienrückkäufe aus (vgl. Bousso 2023). Gleichzeitig investieren die Mineralölkonzerne mit durchschnittlich 7 Prozent nur einen verschwindend geringen Anteil ihrer Kapitalaufwendungen in erneuerbare Energien und haben diesen ohnehin geringen Anteil trotz Rekordgewinnen teilweise sogar reduziert. Stattdessen werden die übrigen 93 Prozent weiterhin in klimaschädliche Energieträger investiert und auch zukünftig entweder auf einem ähnlichen Niveau gehalten oder sogar ausgebaut. Und das, obwohl derzeit nur 0,3 Prozent der Energieproduktion aus erneuerbaren Energien stammt (vgl. Bukold 2023).

2 WEITERE BRANCHEN UND UNTERNEHMEN

Neben den Mineralölkonzernen und Stromproduzenten wurde in den letzten Jahren mit unterschiedlichen Begründungen eine Reihe weiterer Unternehmen als Kandidaten für eine Übergewinnbesteuerung gehandelt, darunter:

- große Digitalkonzerne, weil sie in der Corona-Krise ihre Umsätze schlagartig erhöhen konnten und unverhältnismäßig mächtig und profitabel sind;
- Banken, weil sie Zinssteigerungen der Zentralbanken nicht an Kund*innen weitergeben;
- Rüstungskonzerne, weil sie mit zusätzlichen Aufträgen direkt vom Ukraine-Krieg profitieren;
- Logistikdienstleister, weil sie aufgrund der Lieferkettenschwierigkeiten und eines oligopolistischen Markts Rekordgewinne erzielten und wegen einer Ausnahmeregelung fast steuerfrei blieben;
- die Nahrungsmittelindustrie, weil sie für einen großen Teil der Inflation verantwortlich war bzw. ist.

Ausgehend von dieser Liste und mithilfe makroökonomischer Daten und Geschäftszahlen ausgewählter Unternehmen wird im Folgenden untersucht, wo signifikant steigende Gewinne und Gewinnspannen auftraten, was die Gründe dafür waren und ob bzw. wie sich daraus eine allgemeingültige Übergewinnbesteuerung ableiten lässt.

2.1 Krisengewinner im Jahr 2022 aus globaler Perspektive

Das Magazin *Forbes* erstellt jedes Jahr eine Liste der 2.000 größten Unternehmen weltweit und sammelt aus verschiedenen Datenbanken Zahlen zu Umsätzen, Gewinnen, Kapital und Marktwert. Grundsätzlich sind solche Daten mit Vorsicht zu behandeln.⁶ Trotzdem geben die aggregierten Zahlen einen guten Überblick: Mit 400 Milliarden US-Dollar verbuchten die Mineralölkonzerne von 2019 auf 2022 mit Abstand die größte Gewinnsteigerung. Dahinter folgen Banken mit 140 Milliarden US-Dollar und Technologiekonzerne mit 50 Milliarden US-Dollar.⁷ Im Gegensatz dazu verbuchten Rüstungsunternehmen sogar Gewinneinbußen.

2.1.1 Deutsche Banken als Krisengewinner der Zinswende

Deutsche Banken profitierten gleich auf mehreren Wegen von der Krisenpolitik der Bundesregierung

und der Zentralbanken. An erster Stelle sorgt die Zinswende für steigende Zinseinnahmen aus dem Kundengeschäft, während die Zinsausgaben für Kundeneinlagen nicht im gleichen Ausmaß ansteigen. Wie groß diese Differenz ist, zeigt ein Vergleich der *Financial Times* vom 23.7.2023 (Walker 2023). Demnach haben deutsche Banken nur etwa 20 Prozent der Zinserhöhung an ihre Kund*innen weitergegeben – womit sie im europäischen Schnitt liegen. In Italien, wo nur 11 Prozent der Zinserhöhungen an Kund*innen weitergegeben wurden, droht den Banken deswegen jetzt eine einmalige Sonderabgabe (siehe Abb. 2).⁸

Darüber hinaus profitieren die Banken von einer Reihe an Sonderregelungen, deren Einsparungseffekte die Bürgerbewegung «Finanzwende» für den Zeitraum 2014–2022 auf 36 Milliarden Euro schätzt (vgl. Finanzwende 2023). Schließlich erwägt die Bundesregierung, den Banken etwa 2,2 Milliarden Euro aus der deutschen Krisenabgabe nach der Finanzkrise (trotz hoher Kosten) zurückzuerstatten, weil diese jetzt in die europäische Krisenvorsorge überführt wird (vgl. Neubacher/Kirchner 2023).

Insgesamt bewegten sich die Renditen der großen deutschen Banken im ersten Quartal 2023 «meist mindestens auf, teils sogar über dem Niveau, das die Banken selbst langfristig in Aussicht stellen» (Kirchner 2023). Der Unternehmensberatung McKinsey zufolge stieg die durchschnittliche Eigenkapitalrendite weltweiter Banken im Jahr 2023 auf 13 Prozent, was erheblich über dem langjährigen Durchschnitt von 9 Prozent liegt. In Deutschland verbesserte sich die Rendite ebenfalls erheblich – von 3,9 Prozent auf immerhin 5,4 Prozent (vgl. McKinsey & Company 2023).

2.1.2 Bisher keine bedeutenden Krisengewinne in der deutschen Rüstungsindustrie

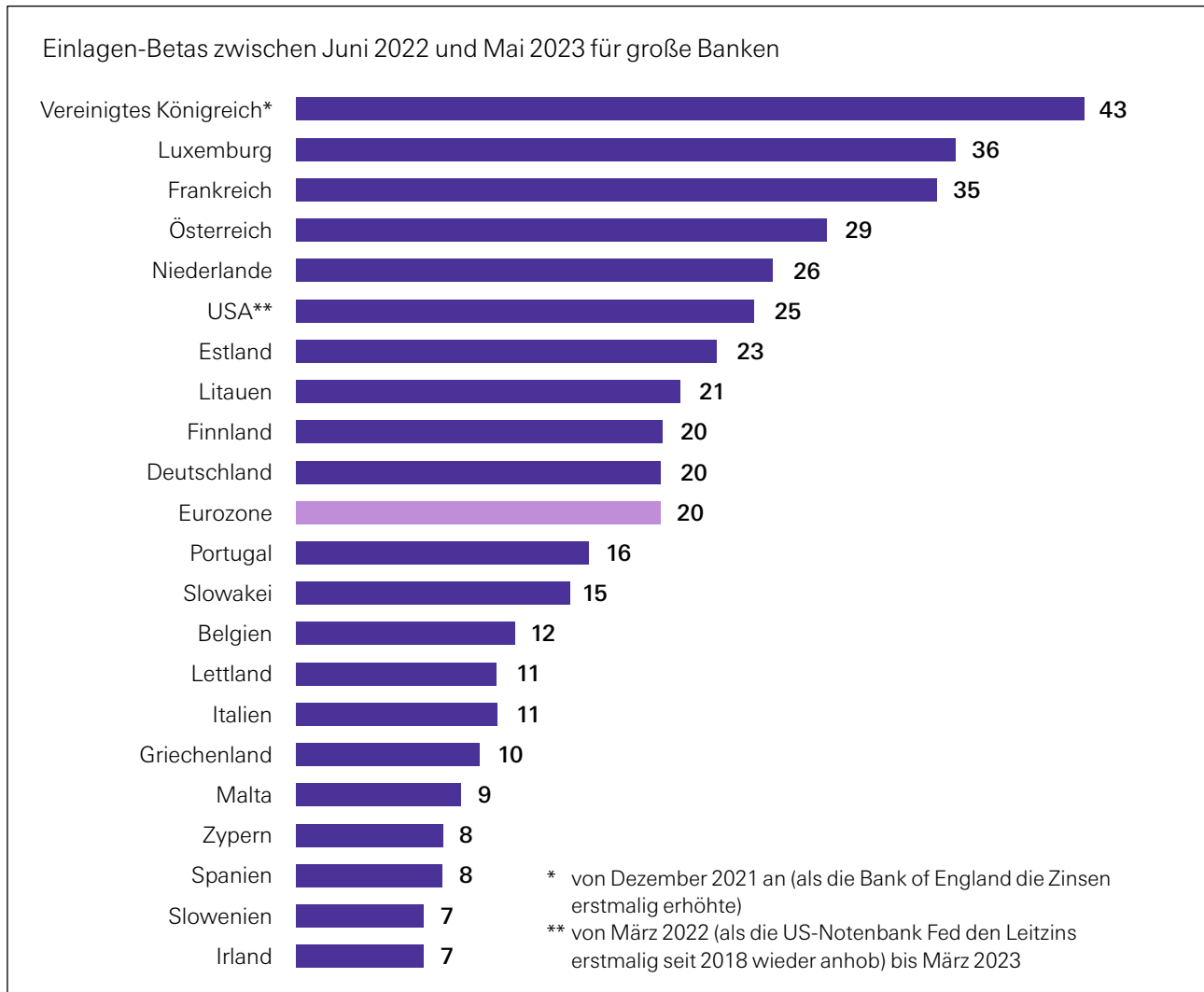
Schätzungen des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) zufolge stieg das globale Budget für Militär und Rüstung im Jahr 2022 inflationsbereinigt um 3,7 Prozent auf einen neuen Rekord von 2.240 Milliarden US-Dollar (vgl. SIPRI 2023). Der Großteil dieser Ausgaben entfällt auf die USA, Russland und China. Das deutsche Budget ist aufgrund

6 Einzelne Unternehmen fallen aus der Liste heraus, weil sie umbenannt wurden oder weil ihre Daten nicht öffentlich verfügbar sind. Außerdem verzerren einzelne Jahreszahlen die Darstellung, weil große Sondereffekte gebucht werden (z. B. verbuchte die Konzernholding Berkshire Hathaway 2021 einen Gewinn von 90 Mrd. USD und 2022 einen Verlust von 23 Mrd. USD) oder weil unterschiedliche Möglichkeiten bestehen, Sonderabschreibungen auf das Russlandgeschäft, Verluste bei derivativen Finanzinstrumenten und Wertsteigerungen generell zu verbuchen.

7 Wobei von den großen «Digitalkonzernen» nur Apple in diese Kategorie fällt. Microsoft, Meta und Alphabet finden sich in der Kategorie «IT», Amazon in der Kategorie «Handel»; für die Chipindustrie (z. B. Nvidia) gibt es eine eigene Kategorie.

8 Nach ersten Schätzungen sollte die Sonderabgabe 2 bis 3 Mrd. Euro an zusätzlichen Einnahmen generieren. Das Vorhaben wurde jedoch kürzlich auf Druck der Bankenlobby, der EZB und der Koalitionspartei Forza Italia entschärft: Banken haben nun die Option, ihre Kapitalreserven um einen bestimmten Betrag aufzustocken, wodurch die Sonderabgabe entfällt. Dies könnte laut *Politico* dazu führen, dass überhaupt keine Sondereinnahmen erzielt werden (vgl. Munster 2023). Andere Länder mit Übergewinnsteuer im Bankensektor sind Litauen, Spanien, Tschechien und Ungarn.

Abbildung 2: Weitergabe der Zinserhöhungen von Banken an Kund*innen nach Ländern (in Prozent)



Quelle: Walker 2023

des Sonderhaushalts zur «Zeitenwende» im Jahr 2022 um 50 Milliarden Euro gestiegen. Davon landete letztlich nur ein Teil bei der deutschen Rüstungsindustrie. Unter den 100 größten Rüstungskonzernen fanden sich einer Aufstellung von SIPRI zufolge im Jahr 2021 nur vier deutsche Unternehmen: Rheinmetall als größtes deutsches Unternehmen mit einem Waffenumsatz von 4,4 Milliarden US-Dollar (Rang 31), gefolgt von Thyssenkrupp (Rang 55), Hensoldt (Rang 69) und Diehl (Rang 99). Insgesamt haben deutsche Unternehmen einen Marktanteil von etwa 1,6 Prozent (vgl. Bücken 2023). Diese Zahlen zeigen, dass zumindest im Vergleich zu den Mineralölkonzernen und anderen Branchen in absoluten Zahlen keine relevanten Gewinnsteigerungen zu erwarten sind. Ein Blick auf die Geschäftszahlen von Rheinmetall und Heckler & Koch bestätigen diese Erwartung, zeigen

aber gleichzeitig eine steigende Profitabilität. In einer Präsentation vor Investor*innen berichtete der Vorstandschef von Rheinmetall von der «best week ever in the Rheinmetall's history» mit Aufträgen in Höhe von 7 Milliarden Euro. Gleichzeitig berichtet er von einem «need of a second money injection or as we say in Germany ein zweites Sondervermögen» mit einem Finanzierungsbedarf von etwa 350 Milliarden Euro für die Bundeswehr in den nächsten 10 bis 15 Jahren (Papperger 2023).

2.2 Deutschlands große (Krisen-)Gewinner im Jahr 2022

In der *Forbes*-2.000-Liste finden sich 53 deutsche Unternehmen – fast alles DAX- und einige Familienunternehmen.⁹ Zu den zehn Konzernen mit den größten Gewinnsteigerungen gehören die großen Auto-

⁹ Airbus wird als niederländisches Unternehmen geführt. Symrise, Siemens Healthineers, Qiagen und MTU schaffen es nicht in die Liste; weitere große Unternehmen wie Aldi, die Lidl/Schwarz-Gruppe oder Boehringer Ingelheim ebenfalls nicht, vermutlich weil keine verarbeitbaren Geschäftszahlen vorliegen.

konzerne (Mercedes, BMW, VW) sowie der Zulieferer Continental (Kategorie «Langhaltende Konsumgüter»). Daneben werden die Deutsche Bank und Unternehmen aus fünf weiteren Kategorien (Deutsche Post, Deutsche Telekom, Munich Re, Infineon, Thyssenkrupp) aufgeführt, bei denen kein offensichtlicher Krisenbezug besteht und deren einzige gemeinsame Merkmale ihre Größe und Marktmacht ist. Ein ähnliches Ergebnis zeigt sich bei den börsennotierten Unternehmen. Im Auftrag der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V. (DSW) und der Röhl Capital GmbH analysiert das Institute for Strategic Finance (isf) an der Hochschule für Oekonomie & Management (FOM) seit einigen Jahren mehr als 600 große, börsennotierte und andere Unternehmen mit bedeutenden Gewinnen und Gewinnausschüttungen. Für das Jahr 2022 vermeldet die Studie Rekorddividenden von 75 Milliarden Euro im Vergleich zu 57 Milliarden Euro im ebenfalls als Rekordjahr geführten 2019. Abgesehen vom Einbruch nach der Finanzkrise 2008 und im Corona-Jahr 2020 ist die Ausschüttungssumme regelmäßig gestiegen, obwohl die Ausschüttungsquote eher gesunken ist. Im Jahr 2003, dem ersten Jahr der Erhebung, wurden etwa 50 Prozent der Gewinne, knapp 15 Milliarden Euro, ausgeschüttet. Die 75 Milliarden Euro im Jahr 2020 machten weniger als 40 Prozent der Gewinne aus. Über alle Jahre hinweg zeigt sich die große Bedeutung der DAX-Unternehmen. 2022 entfielen auf sie 53 Milliarden Euro und damit weit mehr als die Hälfte der Ausschüttungen. Und auch innerhalb der DAX-Unternehmen gibt es seit Jahren eine starke Konzentration: Im letzten Jahr führten BMW und Mercedes die Liste mit Ausschüttungen von 11 Milliarden Euro an. Weitere 11 Milliarden Euro entfielen auf den nicht börsennotierten Logistikkonzern Hapag-Lloyd aus einem der global am stärksten konzentrierten Wirtschaftsbereiche (vgl. DSW/FOM 2023).

2.2.1 Weiterhin Rekordgewinne: die deutsche Autoindustrie

Wegen des Lockdowns standen die Bänder in vielen deutschen Autofabriken im Jahr 2020 zeitweise still. 2021 führten Lieferkettenprobleme zu einem globalen Chipmangel. 2022 sorgte der Ukraine-Krieg erneut für Lieferprobleme und – in deutlich geringem Umfang – stillstehende Fabriken. Gleichzeitig lieferte die kurzfristige Mehrwertsteuersenkung im Jahr 2020 Kaufanreize für langlebige Konsumgüter wie Autos. Autokonzerne profitierten zudem in der Corona-Zeit von staatlich bezuschusster Kurzarbeit. Auch dank dieser Hilfe fiel der Gewinneinbruch 2020 eher schwach aus. In den Jahren 2021 und 2022 verzeichneten die deutschen Autokonzerne dann schließlich Rekordgewinne (siehe Tab. 6). Mercedes setzte dabei vor allem auf «High-End-Pkw und Premium-Vans» (Mercedes-Benz Group AG 2023); BMW sieht vor allem «höherpreisige Modelle und vollelektrische Fahrzeuge» (BMW Group 2023) als Wachstumstreiber. BMW korrigierte daraufhin im zweiten Halbjahr die Erwartungen für die Auslieferungen und die Rendite nach oben und auch Mercedes rechnet für 2023 mit weiterem Wachstum. Investor*innen an der Börse sehen das allem Anschein nach kritischer und bewerten beide Unternehmen lediglich mit dem Drei- bis Fünffachen der Gewinne von 2021/22. Dies liegt erheblich unter dem europäischen Durchschnitt von Automobilunternehmen, die zum 31.12.2022 mit dem Zehnfachen des Jahresgewinns bewertet wurden (vgl. Kroll 2023).

2.2.2 Gewinner Nummer 1: Hapag-Lloyd und die Logistikunternehmen

Der Markt für den internationalen Schiffscontainertransport hat sich in den letzten Jahren stark konzentriert. Die zehn größten Anbieter haben ihren Marktanteil von etwa 40 Prozent im Jahr 1998 auf heute etwa 80 Prozent der gesamten Containerkapazitäten verdoppelt (siehe Abb. 3).

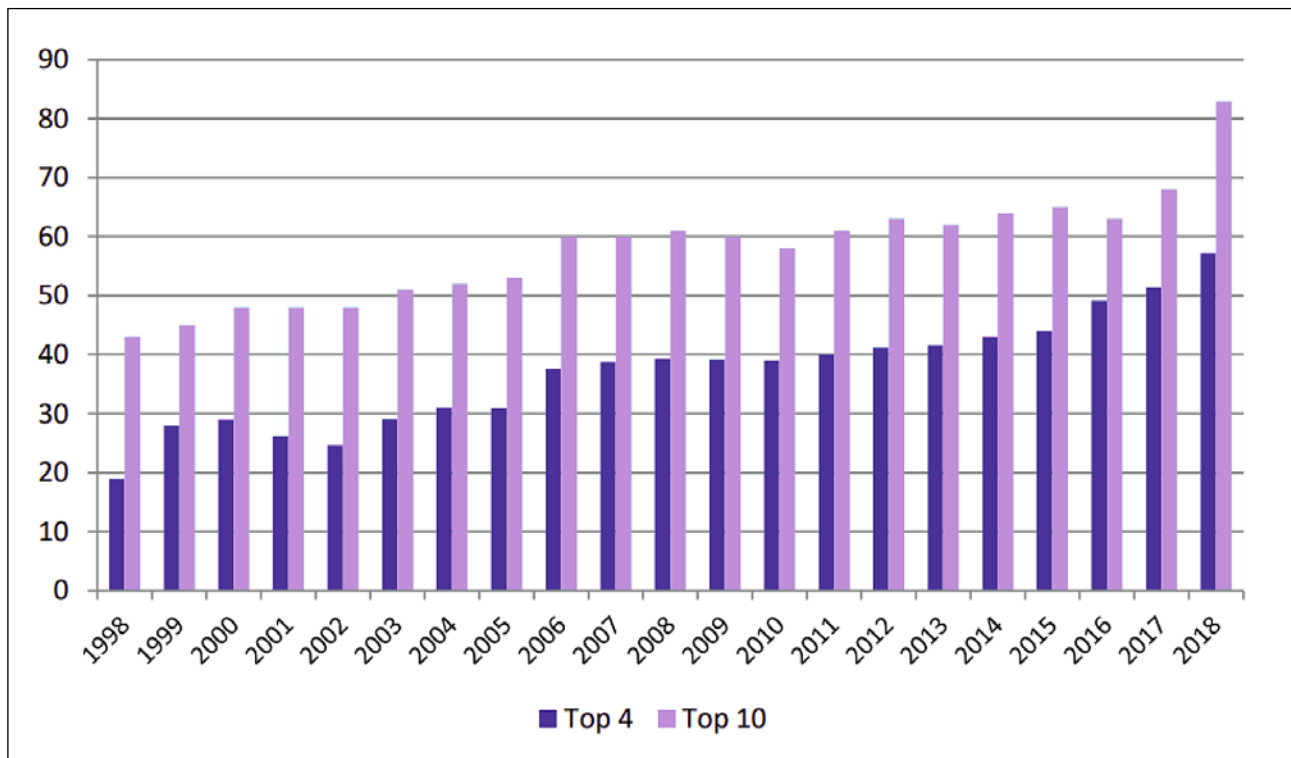
Tabelle 6: Ergebnis (nach Steuern) ausgewählter Autokonzerne 2014–2023 (in Mio. Euro)

	Markt-kapitalisierung September 2023	2019	2020	2021	2022	H1 2022	H1 2023	Durchschnitt (2014–2018)
VW	62.390	14.029	8.824	15.428	15.836	10.655	8.521	7.775
BMW	58.850	7.100	5.200	16.060	18.582	13.232	6.620	9.600
Mercedes	71.060	2.709	4.009	23.396	14.809	6.784	7.652	12.100
General Motors	45.940	6.667	6.321	9.945	9.708	4.449	4.853	7.900
Tesla	814.090	(775)*	0.862	5.519	12.587	5.549	5.153	(900)*

* () = negativer Wert

Quelle: eigene Darstellung basierend auf Geschäftsberichten

Abbildung 3: Marktanteile der größten Logistikanbieter 1998–2018 (in Prozent)



Quelle: ITF 2018

Noch dazu haben sich die größten acht Anbieter in drei Allianzen zusammengeschlossen (vgl. ITF 2018). Hapag-Lloyd hat einen Marktanteil von etwa 7 Prozent und bildet mit den sechst-, acht- und neuntgrößten Anbietern die kleinste der drei Allianzen mit einem Marktanteil von etwa 17 Prozent. Preisabsprachen und Kooperationen haben in der Industrie eine lange Geschichte und viele Länder sehen spezifische Ausnahmen vom Kartellrecht für die Schiffunternehmer vor (vgl. Tang/Po-wan Sun 2018). Nach vielen Jahren relativ stabiler Preise stieg die Frachtrate für Schiffscontainer ab Ende 2020 von etwa 1.000 US-Dollar pro Containermaßeinheit TEU auf zeitweise mehr als 3.000 US-Dollar (siehe Abb. 4), ohne dass die Betriebskosten in annähernd gleichem Ausmaß gestiegen wären. Hinzu kamen teilweise hohe Zusatzgebühren. Das Ergebnis waren Rekordgewinne für fast die gesamte Industrie in den Jahren 2021 und 2022.

2.3 Konzentrationsprozesse und Preisaufschläge in weiteren Branchen

Untersuchungen in anderen Ländern, vor allem in den USA und Großbritannien, finden zunehmende Konzentrationstendenzen in mehreren Märkten und damit einhergehend auch höhere Gewinnmargen für die Unternehmen. So hat sich in den USA die Konzentration in 75 Prozent der Wirtschaftsbereiche verstärkt und die Preisaufschläge sind seit 1980 um 40 Prozent gestiegen (vgl. Grullon et al. 2019). Ähn-

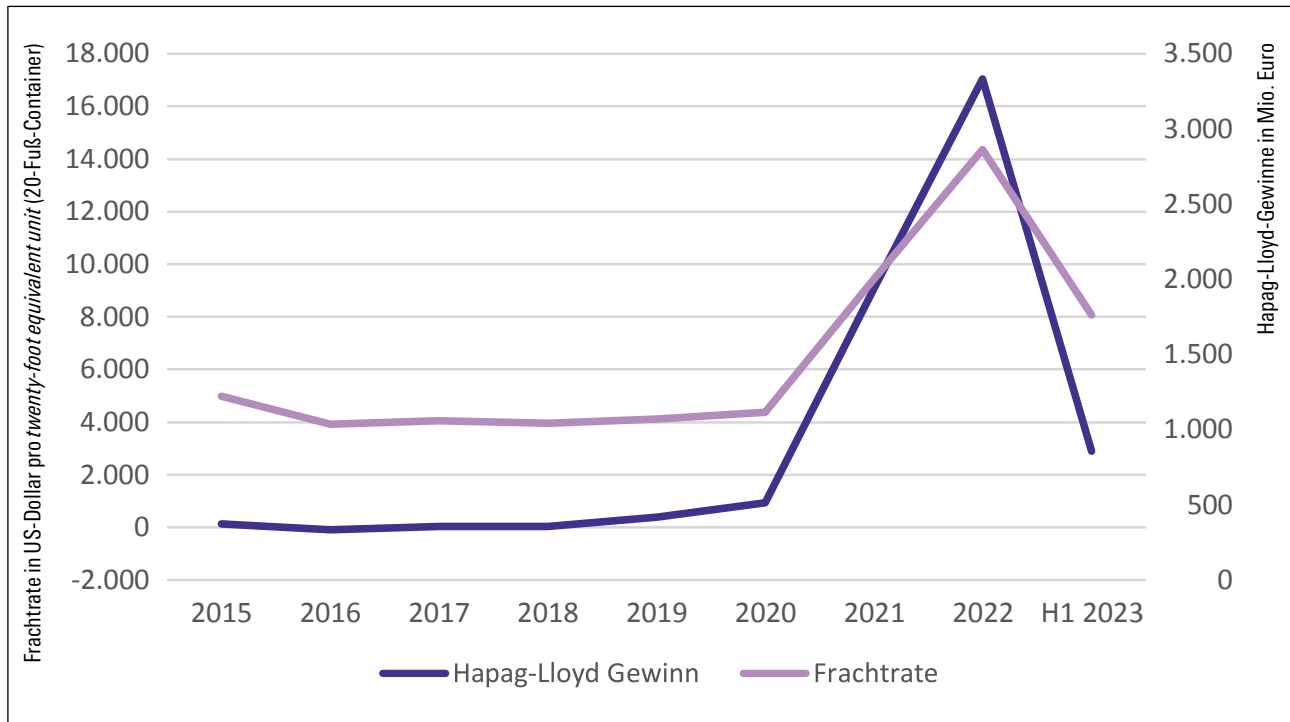
liche Tendenzen finden die Europäische Kommission (2019) für Europa und die britische Wettbewerbsbehörde (CMA 2020) für Großbritannien. Diese Studien erklären einen Teil der Übergewinne also über die Marktmacht und den fehlenden Wettbewerb. Das zweijährliche Gutachten der deutschen Monopolkommission und Daten aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung scheinen dem allerdings zu widersprechen.

In ihrem Gutachten «Wettbewerb 2022» vom Juli 2022 kam die Monopolkommission zu dem Ergebnis, dass es in Deutschland bis 2019 – anders als in den USA und Großbritannien – keinen sektorübergreifenden Anstieg der Unternehmenskonzentration gegeben habe (Monopolkommission 2022). Die Industrie war demnach der Sektor mit der höchsten Konzentration. Nach einem Anstieg bis etwa 2013 sei die Konzentration dort konstant geblieben. Im Dienstleistungsbereich habe sich die Konzentration zwar insgesamt abgeschwächt, aber gerade in den besonders hoch konzentrierten Wirtschaftszweigen – zum Beispiel Telekommunikation, Post, Schienenpersonenfernverkehr – noch einmal deutlich verstärkt. Auch bei den aus den unternehmensspezifischen Geschäftszahlen abgeleiteten Preisaufschlägen findet das Gutachten für Deutschland – anders als für die USA – keinen sektorübergreifenden Anstieg. Allerdings wird festgestellt, dass große Unternehmen höhere Preisaufschläge realisieren und sich der Unterschied in den letzten Jahren weiter zu ihren Gunsten entwickelt

hat. Während Großunternehmen¹⁰ im verarbeitenden Gewerbe zwischen 2008 und 2017 ihre Preisaufläge seit etwa 2012 gegen den Trend erhöhten,

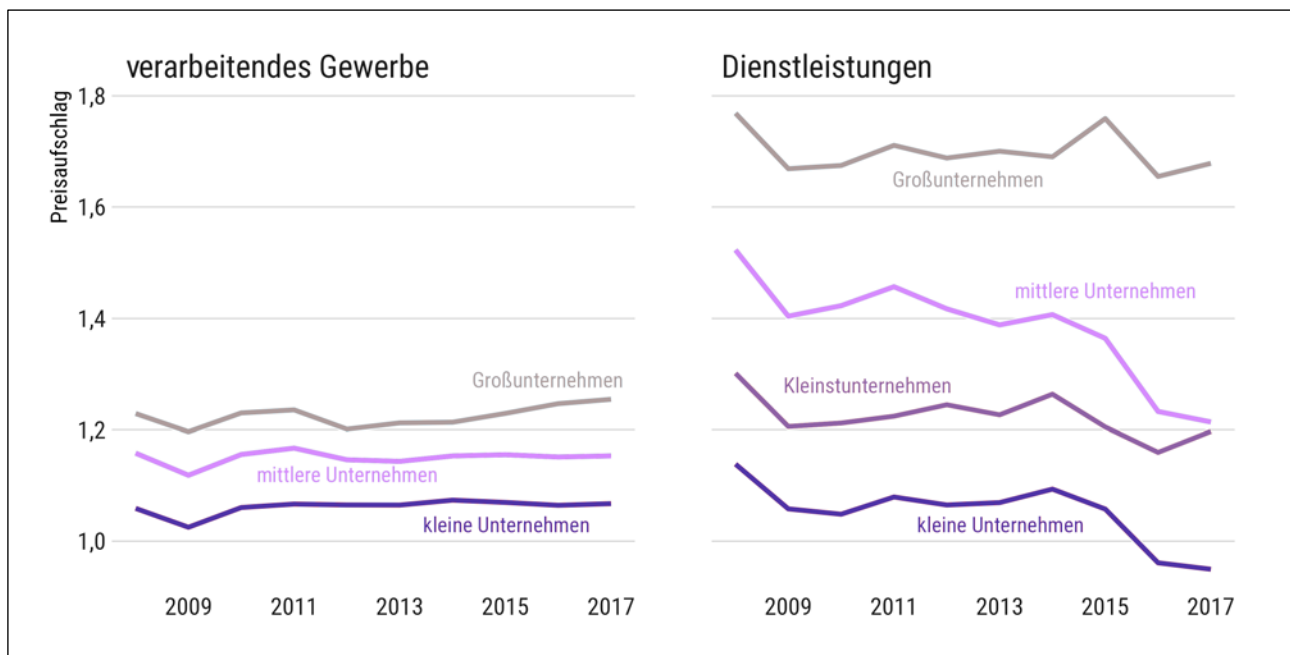
hielten Großunternehmen im Dienstleistungssektor ihre Aufläge gegen den fallenden Trend im Sektor stabil (siehe Abb. 5).

Abbildung 4: Entwicklung der Frachtrate (in US-D/TEU) und der Gewinne (in Mio. Euro) von Hapag-Lloyd



Quelle: eigene Darstellung basierend auf Geschäftsberichten

Abbildung 5: Preisaufläge im verarbeitenden und Dienstleistungsgewerbe 2009–2017 (in Prozent)



Quelle: Monopolkommission 2022

¹⁰ Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten und einem Umsatz von mehr als 50 Millionen Euro.

Studien des ifo Instituts (Ragnitz 2022; Abberger/Nierhaus 2023), die auf aktuelleren, aber stärker aggregierten und nicht unternehmensspezifischen Daten basieren, bestätigen langfristig und gesamtwirtschaftlich weitgehend stabile Preisaufschläge. Den Studien zufolge ist der Anteil der Gewinne an der inländischen Wertschöpfung (im Gegensatz zur Lohnquote) am aktuellen Rand relativ stabil.¹¹ Sie führen außerdem einen Großteil der Inflation im Jahr 2022 auf die Überwälzung bzw. Weitergabe höherer Importpreise an Verbraucher*innen zurück. Gleichzeitig ermitteln die Studien für 2021 und 2022 steigende und deutlich über dem langjährigen Durchschnitt liegende Bruttobetriebsüberschüsse in der Landwirtschaft, im Baugewerbe und im Bereich Handel/Gastgewerbe/Verkehr. Über die Verteilung zwischen den einzelnen Unternehmen – und insbesondere zwischen kleinen und großen Unternehmen – sagen die Zahlen zwar nichts, aber Marktmacht dürfte in diesen Branchen eine eher untergeordnete Rolle spielen. Auch internationale Verflechtungen spielen lediglich in der Landwirtschaft eine plausible Rolle. Die Autoren gehen deswegen davon aus, dass einige Unternehmen «die Gunst der Stunde» genutzt haben, um ihre Preise zu erhöhen, weil im Baugewerbe die Nachfrage das Angebot deutlich überstieg und weil das Gastgewerbe mit Defiziten nach der Corona-Krise auf wenig preissensible Kund*innen mit hohen Ersparnissen traf. Gerade in den stärker konzentrierten Wirtschaftsbereichen (sonstige Dienstleistungen und verarbeitendes Gewerbe) finden sich tendenziell sogar sinkende Betriebsüberschüsse.

Mit ihrem Papier «Sellers' Inflation, Profits and Conflict: Why can Large Firms Hike Prices in an Emergency?» (2023) erregte die Ökonomin Isabella M. Weber große öffentliche Aufmerksamkeit. Ihr eingängiges Argument lautet, dass steigende Preise zuallererst durch Preiserhöhungen von Unternehmen verursacht werden. Außerdem geht sie davon aus, dass große und global agierende Unternehmen besser und vor allem schneller auf veränderte Bedingungen reagieren können als ihre Angestellten und die Gewerkschaften. Weber zeigt, wie einzelne Unternehmen in den USA gestiegene Kosten weitergeben und die Krise sogar für Gewinnsteigerungen genutzt haben. Sie begründeten dies damit, dass auch Wettbewerber ihre Preise erhöhten, dass die Kund*innen wegen der gestiegenen Kosten und des allgemein inflationären Umfelds eher bereit gewesen seien, Preiserhöhungen zu akzeptieren, oder dass die Endkund*innen nach der Krise weniger preissensibel gewesen seien. Umgekehrt argumentiert Weber, dass große und etablierte Unternehmen Preise nur

selten und sehr zögerlich wieder senken, weil sie sonst Preiskriege befürchten. Marktmacht sei ein wesentlicher Treiber für die Preiserhöhungen in der Krise gewesen, allerdings seien dafür nicht notwendigerweise stark konzentrierte Märkte erforderlich. Es reiche, dass Unternehmen zum Beispiel wegen eines Angebotsschocks – einer plötzlichen Veränderung des Marktumfelds für Unternehmen, etwa Energiepreissteigerungen – durch gestörte Lieferketten davon ausgehen könnten, dass sie durch Preissteigerungen keine Kund*innen verlieren, weil ihre meist langjährige Kundschaft kaum Ausweichmöglichkeiten hat. Außerdem zeigt sie anhand von einzelnen Ankündigungen gegenüber Investor*innen, dass Unternehmen ein allgemein inflationäres Umfeld oder steigende Preise bei Vorprodukten als Entschuldigung für dauerhafte Preiserhöhungen nutzen. Ersteres könnte die Entwicklung in der deutschen Autoindustrie in den Jahren 2021 und 2022, Letzteres die Entwicklung im Gastgewerbe hierzulande erklären.

2.3.1 Nahrungsmittelindustrie und Lebensmittelhandel: Inflationstreiber Nummer 1

Von der Ernte der Sonnenblume auf dem ukrainischen Feld bis zum Verkauf des Sonnenblumenöls im deutschen Supermarkt ist eine lange Kette an Samen- und Düngemittelherstellern, Bäuer*innen, Händlern und Logistikdienstleistern sowie Verarbeitungsunternehmen involviert. Ganz am Ende steht der relativ stark konzentrierte Lebensmittelhandel. Die größten Lebensmittelhändler, allen voran die Edeka-Gruppe, betonen ihre Rolle als Preisdämpfer. Nach eigener Darstellung habe Edeka von 3 Milliarden Euro Preisforderungen anderer Hersteller etwa 1,5 Milliarden Euro abgewehrt. Gleichzeitig sind die Umsätze vor allem bei den günstigeren Eigenmarken und dem zu Edeka gehörenden Discounter Netto gestiegen (vgl. Edeka Group 2023). Detaillierte Daten zur Entwicklung von Gewinnen und Rentabilität für den Lebensmittelhandel gibt es (noch) nicht. Grund dafür ist, dass einige große Unternehmen keine Konzernabschlüsse veröffentlichen oder dies als Genossenschaft oder Familienunternehmen erst später tun als die börsennotierten Gesellschaften. Für Lidl (Schwarz-Gruppe) liegt zwar der Abschluss für das Geschäftsjahr 2022 vor, allerdings ohne Daten für Deutschland.

2.3.2 Hoch konzentrierte und regulierte Dienstleistungsbereiche

In den Dienstleistungsbranchen, in denen die Monopolkommission die höchsten Konzentrationsraten festgestellt hat, finden sich auch einige der Unternehmen mit den größten Gewinnsteigerungen von

¹¹ Dieses Ergebnis ist durch einen starken Rückgang der Subventionen (-40 Mrd. Euro) und einen Anstieg der in der Statistik anhand der erhöhten Wiederbeschaffungskosten berechneten Abschreibungen (+12,5%) beeinflusst.

2019 auf 2022 (Deutsche Post, Deutsche Telekom).
 Vergleicht man Gewinnanstieg, Marktanteil und Kon-

zentration, zeigt sich ein klarer Zusammenhang (siehe
 Tab. 7).

Tabelle 7: Gewinnentwicklung, Marktanteile und Konzentration ausgewählter Dienstleistungsunternehmen (in Mio. Euro)

Mio. Euro	Gewinn nach Steuern 2022	Gewinn nach Steuern 2019	Gewinnanstieg	Marktanteil	Konzentration ¹²
Deutsche Post	5.359	2.623	+ 2.736	86% ¹³	ca. 3.500
Deutsche Telekom	8.001	3.867	+ 4.134	38% ¹⁴	ca. 3.500

Quelle: eigene Darstellung basierend auf Geschäftsberichten

¹² Konzentration des Dienstleistungsbereichs im 90-Prozent-Perzentil gemessen als HHI (Herfindahl-Hirschman-Index); seit 2009 um etwa 60 Prozent angestiegen (vgl. Monopolkommission 2022, S. 57 f.) – im Vergleich zu einem HHI von ca. 2.600 auf national aggregierter Ebene (über alle Branchen).

¹³ Deutscher Markt für Kurier-, Express- und Paketdienste (vgl. BMWK o.J.).

¹⁴ Vgl. Deutscher Mobilfunk-Markt (vgl. Moody's 2023).

3 REKORDGEWINNE DAUERHAFT HÖHER BESTEUERN

«Progressive Wirtschaftspolitik kommt dann nicht ohne Forderungen nach einer Veränderung der Marktstruktur aus, die die Macht produziert, Kostensteigerungen weiterzugeben. Das heißt: Zerschlagung von Monopolen, Stärkung von Gewerkschaften, Abschöpfen von Übergewinnen und strategische Reserven kritischer Güter.» (Grothe 2023)

Die vorliegende Analyse hat gezeigt, dass die Gewinnzuwächse der Mineralölkonzerne in den letzten Jahren in Umfang und zeitlicher Begrenztheit herausragend, aber nicht einzigartig waren. Viele andere Unternehmen, vor allem große Konzerne in konzentrierten Branchen, haben 2022 Rekordrenditen erzielt. Damit reiht sich das Jahr 2022 global, aber auch in Deutschland, in eine langjährige Entwicklung zunehmender Konzentration und steigender Marktmacht einzelner großer Konzerne ein. *Darauf sollte der Staat sowohl kurzfristig als auch langfristig reagieren.*

→ **Kurzfristige Gewinne, die Inflationsspiralen erzeugen, sollten über Preiskontrollen abgefangen und ggf. nachträglich abgeschöpft werden.**

Ein zentrales Ergebnis der Arbeiten von Isabel M. Weber ist, dass kurzfristige Schwankungen auf einzelnen Märkten für Vorprodukte – allen voran Mineralöl und Gas – breite Inflationsketten in Gang setzen können. Sie plädiert daher dafür, durch die Regulierung dieser Märkte und der Preise möglichst frühzeitig auf Krisen zu reagieren und Inflationsketten vor ihrer Entstehung zu unterbinden. Geschieht dies – wie im Fall der deutschen Strom- und Gaspreisbremse – durch Ausgleichszahlungen an Konsument*innen, ist es sinnvoll, die entstandenen Kosten über eine Gewinnabschöpfung bei den Produzenten zu finanzieren. Gesetze, die solche Maßnahmen vorsorglich und allgemeingültig definieren, wären eine geeignete Schockvorsorge für zukünftige Krisen.

→ **Langfristig hohe Gewinnmargen aus Konzentration und Marktmacht sollten mit einer Übergewinnsteuer belegt und durch Regulierung beseitigt werden.**

Zusätzlich zu kurzfristigen Eingriffen sollten Übergewinne als Resultat von Konzentrationstendenzen und Marktmacht langfristig abgeschöpft und reduziert werden. Dafür bietet sich eine an hohe Renditen anknüpfende Zusatzsteuer an. Mehrere Analysen haben gezeigt, dass Gewinnaufschläge im historischen Schnitt und auch über Branchen und Unternehmen hinweg relativ konstant sind. Gleichzeitig haben wenige große Konzerne in den letzten Jahren ihre Margen erhöht und einzelne Unternehmen und Branchen dauerhaft im Vergleich zum Durchschnitt hohe Margen erzielt. Die OECD hat für eine solche renditebasierte Besteuerung 2021 eine Vorlage geliefert. Für eine Reform der globalen Unternehmensbesteuerung («Säule 1») definiert sie Residual- bzw. Übergewinne – im Gegensatz zu für durchschnittliche Unternehmen typische Routinegewinne – als eine Umsatzrentabilität, die 10 Prozent übersteigt (vgl. OECD 2022).

Weltweit gab es im Jahr 2022 grob geschätzt 200 Unternehmen mit Umsätzen von mehr als 20 Milliarden Euro und Renditen von mehr als 10 Prozent. Darunter finden sich je nach Berechnungsgrundlage und Bezugsjahr vier bis zehn deutsche Unternehmen, viele davon aus den in dieser Studie untersuchten Branchen und mit hoher Gewinnsteigerung von 2019 auf 2022 (siehe Tab. 8).

Legt man die Schwelle der Umsatzrendite wie von der OECD vorgeschlagen auf 10 Prozent fest, summieren sich ihre Übergewinne weltweit auf etwa 1.000 Milliarden Euro.¹⁵ Würde man diese Übergewinne komplett abschaffen und auf die beteiligten Länder entsprechend ihrem Marktanteil aufteilen, ergäben sich für Deutschland Einnahmen von etwa 40 Milliarden Euro pro Jahr.¹⁶

15 Ifo Institut (vgl. Gstrein et al. 2023) und OECD (2023) zählen 153 bzw. 106 von «Säule 1» betroffene Unternehmen mit Residualgewinnen von etwa 800 Mrd. Euro im Jahr 2021; Rohstoff- und Finanzunternehmen sind ausgenommen. Eine eigene Schätzung auf Basis der *Forbes*-Liste für das Jahr 2022 – mit den bereits beschriebenen Einschränkungen – ergibt Residualgewinne von etwa 1.000 Mrd. Euro.

16 Weil sich der deutsche Marktanteil für die einzelnen Unternehmen anhand bisher vorliegender Daten nicht bestimmen lässt, basiert diese Schätzung auf dem deutschen Anteil am globalen Bruttoinlandsprodukt. Die OECD-Vorschläge zur «Säule 1» enthalten umfangreiche Regeln zur Ermittlung der Marktanteile einschließlich der Möglichkeit, sie vereinfachend anhand des Bruttoinlandsprodukts zu bestimmen.

Tabelle 8: Gewinne (in Mio. Euro) und Renditen (in Prozent) großer und profitabler deutscher Konzerne in den Jahren 2019 und 2022

	Gewinn nach Steuern	Gewinnentwicklung 2022 vs. 2019	Umsatzrendite 2019	Umsatzrendite 2022
Deutsche Bank	5.594	n. m.*	Verlust	21%
Merck	4.287	147%	11%	19%
Infineon Technologies	2.723	151%	13%	19%
Boehringer Ingelheim	4.111	18%	18%	17%
BMW	23.509	230%	7%	16%
Mercedes-Benz	20.304	430%	2%	14%
SAP	3.090	(33%)**	17%	10%
Deutsche Telekom	10.977	51%	9%	10%
Bayer	4.670	64%	7%	9%
Deutsche Post	7.911	90%	6%	8%
Volkswagen	22.044	20%	7%	8%
Munich Re	3.999	25%	6%	6%

* n. m. = not meaningful (nicht sinnvoll), da Verlust in 2019; ** () = negativer Wert

Quelle: eigene Darstellung basierend auf Geschäftsberichten (detaillierte Zahlen für die Jahre 2019 bis 2022 siehe Anhang, Tab. 9 und 10)

EXKURS: KARTELLRECHTSREFORM ALS ALTERNATIVE

Eine Alternative zur Abschöpfung von Übergewinnen sind kartellrechtliche Maßnahmen. Hierzu hat der Bundestag Anfang Juli 2023 nicht zuletzt als Reaktion auf die Krisen und die Debatte um die Tankstellenpreise und die Weitergabe des Tankrabatts im Sommer 2022 die elfte Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen verabschiedet (vgl. Bundesregierung 2023a). Die Gesetzesbegründung (Bundesregierung 2023b) verweist unter anderem auf die Verhandlungsmacht einzelner Handelsketten im Einzelhandel oder digitaler Vermittlungsplattformen, die auch ohne Marktkontrolle schädliche Marktmacht erreichen können. Bereits seit 2005 kann das Bundeskartellamt in einzelnen Wirtschaftszweigen und -sektoren vertiefte Untersuchungen (sogenannte Sektoruntersuchungen) anstoßen. Seitdem wurden auf Bundesebene 20 solcher Untersuchungen abgeschlossen, weitere laufen und wurden durch Länderkartellbehörden durchgeführt. Diese Untersuchungen enden – bisher nach einem recht

langen Zeitraum – mit einem Bericht, anhand dessen die Politik Gegenmaßnahmen beschließen kann. Die Novelle soll diese Untersuchungen beschleunigen und gibt dem Kartellamt die Möglichkeit, direkt Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Dazu gehört auch eine vereinfachte Möglichkeit, Gewinne abzuschöpfen und strukturelle Wettbewerbsstörungen, die nicht auf das Fehlverhalten einzelner Unternehmen zurückgeführt werden können, zu beseitigen. Für die Umsetzung erhält das Kartellamt 19 zusätzliche Stellen. Ob daraus umfangreiche Gewinnabschöpfungen resultieren werden, kann aber bezweifelt werden. Eine am 8. April 2022 eingeleitete «Ad-hoc Sektoruntersuchung» im Bereich Raffinerien und Kraftstoffgroßhandel (Tankstellen) ist noch nicht abgeschlossen. In einem Zwischenbericht vom November 2022 konnten jedoch trotz positiver Margen- und Gewinnentwicklung zunächst keine missbräuchlichen Aktivitäten zweifelsfrei festgestellt werden (vgl. Bundeskartellamt 2022).

ANHANG

Tabelle 9: Deutsche Konzerne mit hohem Gewinnwachstum (in Mio. Euro)

Ergebnis vor Steuern	2019	2020	2021	2022	Änderung 2019 zu 2022 absolut	Änderung 2019 zu 2022 relativ
Deutsche Bank	(2.634)*	1.021	3.390	5.594	8.228	-
Merck	1.735	2.630	3.924	4.287	2.552	147%
Infineon Technologies	1.083	424	1.319	2.723	1.640	151%
Boehringer Ingelheim	3.496	4.305	4.368	4.111	615	18%
BMW	7.118	5.222	16.060	23.509	16.391	230%
Mercedes Benz	3.830	6.339	28.775	20.304	16.474	430%
SAP	4.596	7.220	6.847	3.090	(1.506)*	(33%)*
Deutsche Telekom	7.260	8.458	7.628	10.977	3.717	51%
Bayer	2.853	(17.250)*	2.046	4.670	1.817	64%
Deutsche Post	4.171	7.359	7.359	7.911	3.740	90%
Volkswagen	18.356	11.667	20.126	22.044	3.688	20%
Munich Re	3.190	1.480	3.484	3.999	809	25%

* () = negativer Wert

Quelle: eigene Darstellung basierend auf Geschäftsberichten

Tabelle 10: Deutsche Konzerne mit hoher Umsatzrendite (in Prozent)

Umsatzrendite	2019	2020	2021	2022
Deutsche Bank	Verlust	4%	13%	21%
Merck	11%	15%	20%	19%
Infineon Technologies	13%	5%	12%	19%
Boehringer Ingelheim	18%	22%	21%	17%
BMW	7%	5%	14%	16%
Mercedes-Benz	2%	4%	17%	14%
SAP	17%	26%	25%	10%
Deutsche Telekom	9%	8%	7%	10%
Bayer	7%	n. m.*	5%	9%
Deutsche Post	6%	9%	9%	8%
Volkswagen	7%	5%	8%	8%
Munich Re	6%	3%	6%	6%

* n. m. = not meaningful (nicht sinnvoll)

Quelle: eigene Darstellung basierend auf Geschäftsberichten

LITERATURVERZEICHNIS

Abberger, Klaus/Nierhaus, Wolfgang (2023):

Die Preisentwicklung der inländischen Wertschöpfung. Zum Anstieg des BWS-Deflators im Jahr 2022, ifo Schnelldienst 5/2023, S. 47–53, unter: www.ifo.de/publikationen/2023/aufsatzzeitschrift/preisentwicklung-der-inlaendischen-wertschoepfung.

AFP (2023): Russian Energy Giant Gazprom Posts Big Drop in Profit, in: The Moscow Times, 23.5.2023, unter: www.themoscowtimes.com/2023/05/23/russian-energy-giant-gazprom-posts-big-drop-in-profit-a81248.

AG Energiebilanzen e. V. (2023):

Auswertungstabellen zur Energiebilanz 1990 bis 2022, 30.11.2023, unter: <https://ag-energiebilanzen.de/daten-und-fakten/auswertungstabellen>.

Araki, Satoshi/Cazes, Sandrine/Garnero, Andrea/Salvatori, Andrea (2023): Under pressure: Labour market and wage developments in OECD countries, in: OECD Employment Outlook 2023: Artificial Intelligence and the Labour Market, 11.6.2023, unter: <https://bit.ly/3uO6KJo>.

Arce, Oscar/Hahn, Elke/Koester, Gerrit (2023):

How tit-for-tat inflation can make everyone poorer, THE ECB BLOG, 30.3.2023, unter: www.ecb.europa.eu/press/blog/date/2023/html/ecb.blog.230330~00e522ecb5.en.html.

BMF – Bundesministerium der Finanzen

(2022): Statement von Christian Lindner zur Besteuerung von Übergewinnen, 7.6.2022, unter: www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Video-Textfassungen/2022/textfassung-2022-06-07-statement-uebergewinnsteuer.html.

BMW Group (2023): Pressemitteilung zum zweiten

Quartalsbericht 2023, 3.8.2023, unter: www.bmwgroup.com/content/dam/grpw/websites/bmwgroup_com/ir/downloads/de/2023/q2/BMW_Group_PM_Q2_2023_DE.pdf.

BMWK – Bundesministerium für Wirtschaft und

Klimaschutz (o. J.): Marktübersicht, unter: www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Branchenfokus/branchenfokus-telekommunikation-postmarkt-04.html.

BMWK – Bundesministerium für Wirtschaft und

Klimaschutz (2023): Erste Zahlen zur Überschuss-erlöbsabschöpfung nach Strompreisbremsengesetz vorgelegt, Pressemitteilung, 18.8.2023, unter: www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemittellungen/2023/08/20230818-erste-zahlen-zur-ueberschusserloesabschoepfung-nach-strompreisbremsengesetz.html.

Bouso, Ron (2023): Big Oil doubles profits in

blockbuster 2022, Reuters, 8.2.2023, unter: www.reuters.com/business/energy/big-oil-doubles-profits-blockbuster-2022-2023-02-08.

Brinkmann, Bastian (2022): Vorwurf «Gierflation».

Wie viel Gier steckt hinter den steigenden Preisen?, in: Süddeutsche Zeitung, 19.7.2022.

Bücker, Till (2023): Hintergrund Panzer- und Waffen-

hersteller. Wie die Rüstungsindustrie dasteht, Tagesschau, 3.2.2023, unter: www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/ruestungsindustrie-branche-waffen-101.html.

Bukold, Steffen (2023): The Dirty Dozen. The Climate

Greenwashing of 12 European Oil Companies, Greenpeace, 23.8.2023, unter: <https://greenpeace.at/uploads/2023/08/report-the-dirty-dozen-climate-greenwashing-of-12-european-oil-companies.pdf>.

Bundeskartellamt (2022): Ad-hoc

Sektoruntersuchung: Raffinerien und Kraftstoff-großhandel. Zwischenbericht, November 2022, unter: www.bundeskartellamt.de/SharedDocs/Publikation/DE/Sektoruntersuchungen/Sektoruntersuchung_Raffinerien_Zwischenbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=4.

Bundesnetzagentur (2023): Bundesnetzagentur

veröffentlicht Daten zum Strommarkt 2022, 4.1.2023, unter: www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/20230104_smar.html.

Bundesregierung (2023a): Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung. Kartellrecht wird verschärft, 8.11.2023, unter: www.bundesregierung.de/breg-de/service/gesetzesvorhaben/kartellrecht-2183344.

Bundesregierung (2023b): Entwurf eines Gesetzes

zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und anderer Gesetze, BT-Drs. 20/6824, 16.5.2023, unter: www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/Gesetz/aenderung-des-gesetzes-gegen-wettbewerbsbeschaenkungen.pdf?__blob=publicationFile&v=6.

CMA – Competition and Markets Authority (2020):

Corporate report. State of UK competition report 2020, unter: www.gov.uk/government/publications/state-of-uk-competition-report-2020.

CRS – Congressional Research Service (2020):

Revenues and Disbursements from Oil and Natural Gas Production on Federal Lands, CRS Report, 22.9.2020, unter: <https://crsreports.congress.gov/product/pdf/R/R46537>.

- DSW/FOM – Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V./Hochschule für Oekonomie & Management gGmbH (2023):** Dividendenstudie 2023. Bestmarken und Bremsspuren, 15.4.2023, unter: www.dsw-info.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/PDF/Presse/Dividendenstudie_Deutschland_2023.pdf.
- Dullien, Sebastian/Herzog-Stein, Alexander/Stein, Ulrike (2023):** Gewinninflation: Realität oder Fata Morgana?, IMK-Report 185, unter: www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008702.
- Edeka Group (2023):** Change & Opportunity united at heart. Annual Report 2022, unter: [https://geschaeftsbericht.edeka/gb/gb22/edeka_group_company_report_2022_\(english_version\).pdf](https://geschaeftsbericht.edeka/gb/gb22/edeka_group_company_report_2022_(english_version).pdf).
- EIA – Energy Information Administration (o. J.):** Petroleum and other liquids, unter: U.S. Energy Information Administration.
- Europäische Kommission (2019):** Single Market Performance Report 2019, SWD/2019/444 final, unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52019SC0444>.
- Europäische Kommission (2023):** Report from the Commission to the European Parliament and the Council on the review of emergency interventions to address high energy prices in accordance with Council Regulation (EU) 2022/1854, 5.6.2023, unter: https://energy.ec.europa.eu/system/files/2023-06/COM_2023_302_1_EN_ACT_part1_v2.pdf.
- EY – Ernst & Young Global Limited (2022):** Kazakhstan oil and gas tax guide 2022, unter: https://assets.ey.com/content/dam/ey-sites/ey-com/ru_kz/topics/oil-and-gas/ey-kazakhstan-oil-and-gas-tax-guide-2022.pdf.
- Finanzwende (2023):** Bankengeschenke der EZB, 23.10.2023, unter: www.finanzwende.de/themen/banken-und-schattenbanken/bankengeschenke-der-ezb.
- Fonte, Giuseppe (2022):** Italy collects around 2.8 billion euros from 2022 energy windfall tax, Reuters, 14.12.2022, unter: <https://www.reuters.com/business/energy/italy-collects-around-28-billion-euros-energy-windfall-tax-2022-12-14>.
- Grothe, Simon (2023):** Wer hat Angst vor Isabella Weber?, Jacobin, 8.8.2023, unter: <https://jacobin.de/artikel/wer-hat-angst-vor-isabella-weber-verkaeuferinflation-preisschock-profite-lohnerhoehung-preiskontrollen-uebergewinnsteuer-simon-grothe>.
- Grullon, Gustavo/Larkin, Yelena/Michaely, Roni (2019):** Are US Industries Becoming More Concentrated?, in: Review of Finance 4/2019, S. 697–743, unter: <https://academic.oup.com/rof/article/23/4/697/5477414>.
- Gstrein, David/Herold, Elena/Neumeier, Florian (2023):** Fiskalische Auswirkungen der Säule 1 (teilweise Neuverteilung von Besteuerungsrechten) und der Säule 2 (globale effektive Mindestbesteuerung), Kurzexpertise im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen im Rahmen des Forschungsauftrags fe 3/19, unter: www.ifo.de/publikationen/2023/monographie-autorenschaft/fiskalische-auswirkungen-der-saeule-1-2.
- IEA – International Energy Agency (2022a):** Gas Market Report, Q4-2022, 3.10.2022, unter: <https://iea.blob.core.windows.net/assets/318af78e-37c8-425a-b09e-ff89816ffeca/GasMarketReportQ42022-CCBY4.0.pdf>.
- IEA – International Energy Agency (2022b):** Is renewable energy capacity in the European Union making windfall profits from high wholesale prices?, in: Renewables 2022, 6.12.2022, unter: <https://www.iea.org/reports/is-renewable-energy-capacity-in-the-european-union-making-windfall-profits-from-high-wholesale-prices>.
- ITF – International Transport Forum (2018):** The Impact of Alliances in Container Shipping, 4.6.2018, unter: www.itf-oecd.org/sites/default/files/docs/impact-alliances-container-shipping.pdf.
- Kirchner, Christian (2023):** Zinswende? Nicht nur! Wieso unsere Banken so profitabel sind – und wo Gefahren lauern, finanz-szene, 4.6.2023, unter: <https://finanz-szene.de/banking/zinswende-nicht-nur-wieso-unsere-banken-so-profitabel-sind-und-wo-gefahren-lauern>.
- Kolf, Florian/Scheppe, Michael/Terpitz, Katrin (2023):** Bis zu 38 Prozent teurer: So stark haben Markenhersteller ihre Preise erhöht, in: Handelsblatt, 28.9.2023, unter: <https://bit.ly/41c173S>.
- Kroll (2023):** Industry Multiples in Europe. Q4 2022, 10.3.2023, unter: www.kroll.com/-/media/kroll-images/pdfs/industry-multiples-in-europe-q4-2022.pdf.
- McKinsey & Company (2023):** Banken können Profitabilität weiter steigern – aber Finanzbranche wächst vor allem außerhalb traditioneller Institute, Pressemitteilung, 11.10.2023, unter: <https://mck.co/3RhtGZ4>.
- Mercedes-Benz Group AG (2023):** Mitteilung zum Geschäftsbericht 2022, Pressemitteilung, 14.3.2023, unter: <https://group.mercedes-benz.com/investoren/berichte-news/geschaeftsberichte/2022>.
- Michelsen, Claus/Junker, Simon (2023):** Energiepreise gesunken: Teuerungswelle ebbt allmählich ab, MacroScope Pharma 07/2023, unter: www.vfa.de/de/wirtschaft-politik/macroscope/macroscope-energiepreise-gesunken-teuerungswelle-ebbt-ab.

- Monopolkommission (2022):** Wettbewerb 2022. XXIV. Hauptgutachten, Gutachten der Monopolkommission, unter: www.monopolkommission.de/images/HG24/HGXXIV_Gesamt.pdf.
- Moody's Investors Service (2023):** Credit Opinion. Deutsche Telekom AG, unter: www.telekom.com/resource/blob/310518/bed5f6438379238bc6367338860c32d3/dl-studiemoodys-data.pdf.
- Munster, Ben (2023):** Italy waters down its infamous bank windfall tax ... but don't call it a «concession», Politico, 25.9.2023, unter: www.politico.eu/article/italy-waters-down-windfall-tax-banks-extra-profit-no-concession.
- Murphy, Andrea (2023):** The Global 2000's 20th Anniversary: How We've Crunched The Numbers For The Past Two Decades, Forbes, 16.5.2023, unter: <https://bit.ly/4a8xu7F>.
- Neubacher, Bernd/Kirchner, Christian (2023):** Deutscher Bankenbranche winkt Rückerstattung von 2,2 Mrd. Euro, finanz-szene, 30.3.2023, unter: <https://finanz-szene.de/banking/deutscher-bankenbranche-winkt-rueckerstattung-von-22-mrd-euro>.
- OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development (2022):** Fact Sheet Amount A. Progress Report on Amount A of Pillar One, unter: www.oecd.org/tax/beps/pillar-one-amount-a-fact-sheet.pdf.
- OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development (2023):** Update to the economic impact assessment of pillar one, OECD Taxation Working Papers, 11.10.2023, unter: www.oecd.org/tax/update-to-the-economic-impact-assessment-of-pillar-one-7c35a55c-en.htm.
- Olk, Julian (2023):** Welche Branchen die Preise stärker erhöht haben als ihre Kosten, in: Handelsblatt, 27.7.2023, unter: www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/inflation-welche-branchen-die-preise-staerker-erhoeht-haben-als-ihre-kosten/29280478.html.
- Papperger, Armin (2023):** Rheinmetall-AG-Q2_2023-report, Pressekonferenz, unter: https://ir.rheinmetall.com/media/document/bc6f7c86-d5f9-4930-bad5-67d09da48c09/assets/230814_Rheinmetall_AG_Q2_2023_report_Transcript_final.pdf.
- Ragnitz, Joachim (2022):** Gewinninflation und Inflationsgewinner, ifo Dresden berichtet 5/2022, S. 24–28, unter: www.ifo.de/en/publications/2022/article-journal/gewinninflation-und-inflationsgewinner.
- Russische Föderation (o. J.):** Tax Code of the Russian Federation, Part 2, Art. 342, unter: <https://data.nalog.ru/html/sites/www.eng.nalog.ru/Tax%20Code%20Part%20Two.pdf>.
- Schlautmann, Christoph (2023):** Was sich von Großkonzernen lernen lässt, in: Handelsblatt, 11.5.2023, unter: www.handelsblatt.com/unternehmen/handel-konsumgueter/inflation-oder-gierflation-was-sich-von-grosskonzernen-lernen-laesst/29115750.html.
- SIPRI – Stockholm International Peace Research Institute (2023):** World military expenditure reaches new record high as European spending surges, Pressemitteilung, 24.4.2023, unter: <https://sipri.org/media/press-release/2023/world-military-expenditure-reaches-new-record-high-european-spending-surges>.
- Statistisches Bundesamt (2023a):** Pressemitteilung Nr. 311 vom 8.8.2023, unter: www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/08/PD23_311_611.html.
- Statistisches Bundesamt (2023b):** Außenhandel. Jährliche Rohölimporte, 1.11.2023, unter: www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/Tabellen/rohoel-jaehrlich.html.
- Statistisches Bundesamt (2023c):** Außenhandel. Jährliche Erdgasimporte, 1.11.2023, unter: www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/Tabellen/erdgas-jaehrlich.html.
- Statistisches Bundesamt (2023d):** Genesis-Online. VGR des Bundes – Konsumausgaben der privaten Haushalte, unter: <https://bit.ly/4aesqyw>.
- Statistisches Bundesamt (o. J.):** Erdgas- und Stromdurchschnittspreise, unter: www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Erdgas-Strom-Durchschnittspreise/_inhalt.html#421260.
- Tang, Owen/Po-wan Sun (2018):** Anti-competition of ocean shipping alliances: a legal perspective, in: Maritime Business Review, Vol. 3/1, S. 4–19, unter: www.emerald.com/insight/content/doi/10.1108/MABR-08-2017-0023/full/html.
- Thériault, Annie/Grainger, Matt (2023):** Big business' windfall profits rocket to «obscene» \$ 1 trillion a year amid cost-of-living crisis; Oxfam and ActionAid renew call for windfall taxes, Oxfam Pressemitteilung, 6.7.2023, unter: www.oxfam.org/en/press-releases/big-business-windfall-profits-rocket-obscene-1-trillion-year-amid-cost-living-crisis.
- Total Energies (2023):** Tax Transparency Report 2021–2022, 29.3.2023, unter: https://totalenergies.com/sites/g/files/nytnzq121/files/documents/2023-05/TotalEnergies_Tax_transparency_report_2021-2022.pdf.
- Trautvetter, Christoph/Kern-Fehrenbach, David (2022):** Kriegsgewinne besteuern. Ein Beitrag zur Debatte um Übergewinnsteuern, hrsg. vom Netzwerk Steuergerechtigkeit und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/220816_NSGR-LS_Studie_Kriegsgewinne-besteuern-2.pdf.

Walker, Owen (2023): UK banks lead global rivals in passing on interest rate benefits to savers, in: *Financial Times*, 23.7.2023, unter: www.ft.com/content/1d2949d6-00d1-4c18-af81-01439fa7cfc5.

Weber, Isabella M. (2022): Big Oil's Profits and Inflation: Winners and Losers, in: *Challenge* 5–6/2022, S. 151–159.

Weber, Isabella M./Jauregui, Jesus Lara/Teixeira, Lucas/Pires, Luiza Nassif (2022): Inflation in Times of Overlapping Emergencies: Systemically Significant Prices from an Input-output Perspective, Working Paper 22/2022, University of Massachusetts, unter: <https://doi.org/10.7275/0c5b-6a92>.

Weber, Isabella M./Wasner, Evan (2023): Sellers' Inflation, Profits and Conflict: Why can Large Firms Hike Prices in an Emergency?, Working Paper 2/2023, University of Massachusetts, unter: https://scholarworks.umass.edu/econ_workingpaper/343.

Wiśniewska, Iwona (2023): Gazprom in 2022: production and exports down, profits up, OSW Centre for Eastern Studies, 12.1.2023, unter: www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2023-01-12/gazprom-2022-production-and-exports-down-profits.

Wollmershäuser, Timo (2023): Entstehungs- und einkommensseitige Determinanten der gesamtwirtschaftlichen Teuerung im Jahr 2022, ifo Schnelldienst 76, Nr. 07, S. 58–61, unter: www.ifo.de/publikationen/2023/aufsatzzeitschrift/entstehungs-und-einkommensseitige-determinanten.